

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichs-Strasse, Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schandritz, Augustastr. 8. — Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Landtagswahlen in Preußen. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Vom Tiermenschen zum Kulturmenschen. I. Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im Kreuzfeuer. — **Allgemeines:** Zur Entwicklung unserer Berufsverhältnisse. II. Zur Generalversammlung I. Die Austuhr graphischer Druckerzeugnisse im I. Vierteljahr 1913. Vom Fischen im Trüben. — **Der Lithograph:** Der goldene Boden des Lithographenhandwerks. I. — **Der Steindrucker:** Auch ein Beitrag zum Kapitel „Überläufer“. — **Die photomed. Fächer:** Aus den Sektionen: Leipzig (Chemigr.). — **Die Tapetenbranche:** Die Lage der deutschen Tapetenfabrikation. — **Feuilleton:** Wir sind nicht reif? Richard Wagner. Vom Bücherisch. — **Anzeigen**

Bekanntmachungen.

Tariffbewegungen.

Dortmund: In Firma *Blanke* wurde ein Tarif, gültig bis 31. Juli 1915, abgeschlossen. Festgelegt wurde: Arbeitszeit 8 Stunden für Lithographen, 9 Stunden für Steindrucker, Sonnabends und an Tagen vor den Ferientagen 8 Stunden; Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre 22,50 Mark, im zweiten 26 Mark; auf 1—4 Steindrucker und 1—5 Lithographen 1 Lehrling, für Überstunden 25 Proz. und Sonntags 50 Proz. Zuschlag; Feiertagsbezahlung; bei Bronzedruck 50 Pf. für den ganzen und 25 Pf. für den halben Tag Zuschlag; Arbeitsmaterial wird geliefert; Entschädigung nach § 616 bis 3 Stunden. — Ein gleicher Tarif wurde mit der Firma *Schmidt & Andernach* abgeschlossen, jedoch mit 22 Mark im ersten und 25 Mark im zweiten Gehilfenjahr als Mindestlohn. Auch dieser Tarif hat bis 31. Juli 1915 Gültigkeit.

Düren: Den gleichen Tarif wie in Dortmund hat auch die Firma *Maherey & Nagel* anerkannt.

Hanau: Mit der Firma *Bünning* wurde ein Tarif, gültig bis 1. Januar 1915, abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist für Lithographen 8, für Steindrucker 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden. Mindestlohn im ersten Jahr 21 und später 26 Mark. Überstunden werden mit 25 und Sonntags mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Feiertage werden bezahlt. Auf je 1—4 Lithographen und Steindrucker 1 Lehrling. Akkord- und Heimarbeit ist unzulässig. Für Bronzedruck werden 25 Pf. für den halben und 50 Pf. für den ganzen Tag mehr gezahlt. Alles Arbeitsmaterial liefert die Firma. Bis 3 Stunden Versäumnis nach § 616 werden entschädigt. Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage. Muster werden geliefert. Jeder Gehilfe erhielt 5—6 Proz. Lohnzulage.

Kaufbeuren: Mit den *Vereinigten Kunstanstalten* wurde ein Tarif, gültig bis 31. März 1916, abgeschlossen. Festgelegt wurde: 53 Stunden Arbeitszeit für Drucker und 48 Stunden für Lithographen; am Tage vor hohen Festtagen ist die Arbeitszeit allgemein 7 Stunden. Feiertage werden bezahlt. Ferner sind Ferienbewilligungen und Lohnzulagen erfolgt. Die Lehrlingsfrage wurde entsprechend dem früheren Tarifabschlusse erneut geregelt im Sinne der allgemeinen Bedingungen.

Kleinstenheim: Mit der Firma *Herzing G. m. b. H.* wurde ein Tarif bis 1. Januar 1915 abgeschlossen und festgelegt: 8- und 9stündige Arbeitszeit, Sonnabends 8 Stunden. Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre 21,50, im zweiten Jahr 23 und im dritten Jahr 25 Mark. Überstunden werden mit 25 Proz. und Sonntags mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt. Ferien werden nach 3 Jahren 3 Tage gewährt, nach längerer Beschäftigung mehr. Feiertage werden bezahlt. Arbeitsmaterial liefert die Firma. Bis zu 3 Stunden Versäumnisse nach § 616 werden bezahlt. Lohnzulage 3—5 Prozent.

Köln: Mit der Firma *Krämer & van Elsberg* wurde der gleiche Tarif wie in Dortmund abgeschlossen, ebenso mit der Firma *Pick & Co.* in Köln-Nippes. Hier wurde der Mindestlohn auf 22 Mark im ersten und 25 Mk. im zweiten Jahr festgesetzt. In der Firma *Krämer & van Elsberg* gab es außerdem eine Reihe Lohnzulagen.

Laurahütte: Mit der Firma *Buschka* wurde ein Tarif, gültig bis 1. April 1915, abgeschlossen. Arbeitszeit 8 und 9 Stunden, Sonnabends und vor den Festtagen 8 Stunden. Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre 21 und im zweiten 25 Mark. Lohnzulage sofort 1 Mark und nach einem Vierteljahr eine weitere Mark. Auf je 1—4 Steindrucker und 1—5 Lithographen 1 Lehrling. Für Überstunden 25 und Sonntags 50 Proz. Zuschlag. Feiertagszahlung. Entschädigung nach § 616 bis 3 Stunden.

Luxemburg: Mit der Firma *Dr. M. Huß* wurde ein Tarif, gültig bis 31. Januar 1916, abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist für Lithographen 8, für Steindrucker etc. 8 1/2 Stunden. Feiertagszahlung. Überstunden 25 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Prozent. Mindestlohn im ersten Jahr 25 und im zweiten Jahr 27 Mark. Auf 1—4 Gehilfen 1 Lehrling. Ferien gibt es 3 Tage nach 2jähriger Beschäftigung. Muster werden auf Wunsch geliefert.

Lüdenscheid: Mit der Firma *Spannagel* wurde ein Tarif, gültig bis 1. November 1914, abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden für Lithographen und 9 Stunden für Drucker festgelegt, Sonnabends und an Tagen vor den Ferientagen 8 Stunden. Mindestlohn 22 und im zweiten Jahr 25 Mark. Für Überstunden 25 und 50 Proz. Zuschlag. Feiertagszahlung. Bei Bronzedruck für den ganzen Tag 50 Pf., für den halben Tag 25 Pf. Zuschlag. Arbeitsmaterial wird geliefert. Entschädigung nach § 616 bis 3 Stunden. — Ein gleicher Tarif wurde auch mit der Firma *Crone* abgeschlossen, jedoch der Mindestlohn auf 24 und im zweiten Gehilfenjahr auf 27 Mark vereinbart. — Mit der Firma *Tilgenkamp & Ruht*, sowie mit der Firma *Cv. Lineppe* wurden die Vereinbarungen, wie sie mit dem Schutzverband bestehen, festgelegt.

Magdeburg: Von der Firma *Richter* wurde der Lichtdruckertarif anerkannt, nachdem die Kollegen vorher die Kündigung eingereicht hatten. 10 Kollegen kamen bei der Tariffbewegung in Betracht.

Pforzheim: Mit der Firma *Bergötz* wurde ein Tarif abgeschlossen, gültig bis 1. Dezember 1915. Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen 8 und für Steindrucker 9 Stunden, an Sonnabends und vor den Ferientagen 8 Stunden. Der Mindestlohn beträgt 23 Mark im ersten und 25 Mark im zweiten Gehilfenjahre; beim Lehrprinzipal im ersten Jahre 20, im zweiten 23 und im dritten 25 Mark. Nach §§ 616 und 629 wird Versäumnis bis zu 5 Stunden bezahlt. Bronzeentschädigung für den Tag 1 Mark. Für Überstunden 25, 33 1/3 und Sonntags 50 Prozent. Feiertage werden bezahlt. Auf 1—4 Gehilfen 1, auf 5—9 Gehilfen 2 Lehrlinge. Arbeitsmuster werden geliefert.

Ratibor: Mit der Firma *Meier* wurde ein Tarif, gültig bis 22. April 1915, abgeschlossen. Arbeitszeit 8 und 9 Stunden, an Sonnabends und vor den Ferientagen 8 Stunden. Mindestlohn 21 Mark im ersten, 25 Mark im zweiten Jahr. Auf 1—4 Steindrucker und 1—5 Lithographen 1 Lehrling. Für Überstunden gibt es 25 und am Sonntag 50 Proz. Zuschlag. Feiertagszahlung. Entschädigung nach § 616 bis 3 Stunden und Teuerungszulage.

Stuttgart: Mit der Firma *Gatterlich* wurde ein Tarif, gültig bis 31. März 1917, abgeschlossen. Arbeitszeit für Lithographen 48 und für Steindrucker wie Hilfspersonal 52 1/2 Stunden, ab 1. April 1915 52 Stunden. Mindestlohn 21 Mark. Auf 1—3 und 4—7 Steindrucker je 1 Lehrling, ebenso auf 1—4 und 5—9 Lithographen je 1 Lehrling. Feiertage werden bezahlt. Ferien nach 3—5 Jahren 3 Tage, nach 6—8 Jahren 4 Tage, nach 9—10 Jahren 5 Tage und nach mehr als 10 Jahren Beschäftigung 6 Tage. Für Bronzedruck 50 und 25 Pfg. Arbeitsmaterial wird alles geliefert. Nach § 616 wird bis zu 3 Stunden vergütet.

Sonstige Bewegungen.

Barmen: Die Firma *O. Dahmen* hat die allgemeinen Bedingungen anerkannt; hierbei handelt es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden für 5 Kollegen und andere Verbesserungen. Ferner haben eine Reihe Firmen die Schutzverbandsbedingungen eingeführt; hierbei wurde in Firma *Kichert* die Arbeitszeit für 10 Kollegen um 1 Stunde, in Firma *Schmidt* für 4 Kollegen um 1 Stunde, in

Firma *Klüssener* für 15 Kollegen um 1 Stunde, in Firma *Scholl* für 5 Kollegen um 3 Stunden, in Firma *Frank* für 2 Kollegen um 1 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt. Die letztgenannte Firma gewährte auch 4 Mark Lohnzulage.

Berlin: In Firma *Lyons* wurde für 35 Zeichner die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden verkürzt.

Frankfurt a. M.: In Firma *L. Neuberger* wurde die Arbeitszeit auch für Steindrucker auf 8 Stunden, früher 9 Stunden, verkürzt, an 3 Kollegen sofort 1 Mk., an 2 weitere ab 1. Juni 2 Mk. Lohnzulagen gewährt und Ferien nach 1 Jahr Beschäftigung 3 Tage eingeführt.

Schwelm: Die Firma *Riffel & Bornemann* verkürzte die Arbeitszeit für 4 Kollegen um 8 Stunden wöchentlich.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten ist nachzutragen die Firma

Ewald Steinmetz & Co. in Hannover.

Berlin, den 6. Mai 1913.

Die Landtagswahl in Preußen.

Am 16. Mai, dem Erscheinungstage dieser Nummer unseres Blattes, finden im größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, die Urwahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Obwohl die Gewerkschaften rein wirtschaftliche Kampforganisationen sind und die Vertretung der politischen Interessen ihrer Mitglieder dem politischen Zweige der modernen Arbeiterbewegung überlassen, so sind sie doch an der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften außerordentlich stark interessiert. Denn eine ihnen feindlich gesinnte Mehrheit im Reichstag oder in den Parlamenten der Einzelstaaten kann, wie bereits in vielen Fällen zu beobachten war, politische Maßnahmen treffen, durch die das Wirken der Gewerkschaften für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterschaft sehr schwer beeinträchtigt wird. Sie handeln daher nur in ihrem eigenen vitalsten Interesse, wenn sie, ohne selbst am politischen Kämpfen und Wirken Anteil zu nehmen, durch eine intensive Aufklärungsarbeit unter ihren Mitgliedern einer gewerkschaftsfeindlichen Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften nach Kräften entgegenarbeiten. Das können sie, indem sie jedes ihrer Mitglieder dringend ermahnen, nicht nur im gewerkschaftlichen, sondern auch im politischen Leben voll und ganz ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Dadurch handeln sie auch im Interesse ihrer Mitglieder selbst, denn wenn sich alle Gewerkschaften auch in den politischen Organisationen der Arbeiterschaft rege betätigen, dann gereicht es nicht nur ihrer Gewerkschaft, sondern auch ihnen selbst, ihrer Familie und der gesamten Arbeiterklasse zum Vorteil und zum Segen.

Welche Sünden die gesetzgebenden Körperschaften in Deutschland an der Arbeiterschaft begehen konnten, weil große Massen von Arbeitern noch politisch indifferent sind und die Parlamente daher noch arbeiterfeindliche Mehrheiten haben, das konnten grade unsere Kollegen mit ganzer Härte am eigenen Leibe spüren. Es braucht nur auf die Beschränkung des Auslandsmarktes für die Erzeugnisse des graphischen Gewerbes durch die deutsche Zoll- und

Handelsvertragspolitik, den Zolltarif und seine Folgeerscheinungen hingewiesen zu werden; es braucht ferner nur erinnert zu werden an die deutsche Steuerpolitik und die aus ihr hervorgegangene glorreiche Reichsfinanzreform, die ganze Industriezweige schwer beeinträchtigt und für den Absatz der Produkte unseres Gewerbes auch den Inlandmarkt außerordentlich eingeschränkt hat. Mit der Zoll- und der Steuerpolitik, die grade die graphische Arbeiterschaft als Produzenten mit ganzer Schwere traf und die Arbeitslosigkeit bis ins Ungeheuerlichste steigerte, ging eine ständig zunehmende Teuerung parallel, die hauptsächlich auf die zoll- und steuergesetzgeberischen Verbreden am deutschen Volke zurückzuführen ist und die mit uns die ganze deutsche Arbeiterschaft als Konsumenten in der unerträglichsten Weise bedrückt und belastet.

Das Bild wird vollständig, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß der Arbeiterschaft ein Ausgleich gegen die schwerlastende, drückende Teuerung durch eine intensive gewerkschaftliche Arbeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr ersdwert wird. Das geschieht nicht nur durch polizeiliche und gerichtliche Schikanen gegen die gewerkschaftlich kämpfende Arbeiterschaft, von denen die Vorgänge im Ruhrgebiet, wo mit den Müttern sogar Säuglinge wegen angeblicher Streikbrecherbeleidigung ins Gefängnis geworden wurden, haarsträubende Beispiele lieferten. Es geschieht auch durch Militäraufgebote zur Niederhaltung streikender Arbeiter und durch Abkommandierung von Proletariern im bunten Rock zur Streikbrecherarbeit. Und es klingt wie ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand, wenn man daran denkt, das die Kosten für unser herrliches Kriegsheer, das in dieser Weise zur Niederhaltung der um die Hebung ihrer Lage ringenden Arbeiterschaft gemißbraucht wird, dank unsrer Zoll- und Steuerpolitik hauptsächlich den breiten Massen des Volkes, der Arbeiterschaft, in Form von indirekten Steuern abgepreßt werden! Denkt man schließlich noch daran, wie die Reaktion ständig daraufhinarbeitet, die Gewerkschaften durch neue Zuchtgesetze gänzlich lahmzulegen und die Arbeiterschaft dadurch der schrankenlosesten Ausbeutung und Unterdrückung vollständig auszuliefern, dann sollte es doch auch der letzte und dümmste Arbeiter bald begreifen, wie notwendig, wie dringend notwendig der Anschluß an die politischen Organisationen der Arbeiter und die eifrigste Pflichterfüllung im politischen Leben für jeden Ausgebeuteten und Unterdrückten ist!

Wie für alle Wahlen, so gilt letzteres besonders auch für die bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen. Gewiß, für die Zoll- und Steuerpolitik und die dadurch verschuldete Teuerung, für die Auspowerung des Volkes durch den Militarismus und Marinismus, der jetzt als unersättlicher Moloch neue Milliardenopfer fordert, für den langsamen Fluß und das Stocken in der deutschen Sozialpolitik, für die Vorstöße gegen das Koalitionsrecht und viele andere Sünden, die an der Arbeiterschaft begangen wurden oder noch begangen werden sollen, ist das Reichsparlament verantwortlich, da alle diese Gegenstände der Reichsgesetzgebung unterliegen. Sie gehen die Landesgesetzgebung der Bundesstaaten und ihre Landtage nichts an. Aber man darf nicht vergessen, daß Preußen nicht nur der größte, sondern auch der einflußreichste deutsche Bundesstaat ist. Er gibt mit seinen 17 Stimmen im Bundesrat den Ton an, in dem er außerdem mit den Stimmen einiger kleinen von ihm wirtschaftlich abhängigen Bundesstaaten auch über die absolute Mehrheit verfügt. Und wenn wir allen reaktionären Maßnahmen im Reiche bis auf den Grund nachspüren, dann werden wir in fast allen Fällen finden, daß sie in letzter Linie auf den unheilvollen Einfluß Preußens auf die Geschichte des Reichs zurückzuführen sind. Preußen ist das festeste Bollwerk der Reaktion im Reiche. Und wenn es der Arbeiterschaft einmal gelungen sein wird, dieses Bollwerk zu

brechen, dann wird dem Fortschritt und der Freiheit nicht nur für das preußische, sondern für das ganze deutsche Volk eine Gasse gebahnt sein.

Die Reaktion ist nun deswillen in Preußen Trumpf, weil es noch von der kleinen Kaste der Großgrundbesitzer, dem Junkertum, der rückständigsten Menschenklasse, die sich denken läßt, fast unumschränkt beherrscht wird. Die Junker sind das dominierende Element in der Verwaltung. Durch die terroristische Beeinflussung der Wähler, die ihnen dadurch möglich ist und die ihnen erleichtert wird durch ein unglaublich rückständiges Dreiklassenwahlsystem und die Öffentlichkeit der Wahl, hat das Junkertum auch das preußische Abgeordnetenhaus vollständig unter seinen Einfluß zu bringen verstanden; von den 443 Abgeordneten sind nicht weniger als 159 Großgrundbesitzer und Bauern, 130 Verwaltungs-, höhere Justiz- und sonstige Beamte oder ehemalige Offiziere, die alle mehr oder weniger mit dem Junkertum versippt und verschwägert sind, 85 Lehrer, Professoren, Geistliche und sonstige Intellektuelle, die ebenfalls zum Teil unter dem Einfluß der Junker stehen. Auch das Herrenhaus, das mit dem Abgeordnetenhaus den preußischen Landtag bildet und aus erblich berechtigten oder vom König ernannten »Gesetzgebern« besteht, ist zu mindestens vier Fünfteln aus Junkern und Junkergenossen zusammengesetzt. Daß auch der König gegen diese Junkerübermacht im Landtage und in der Verwaltung Preußens kein Gegengewicht bildet, hat die Geschichte des Mittelstandskanals bewiesen, der, weil es die Selbstsucht der Junker nicht zuließ, noch immer nicht gebaut ist, obwohl der König geäußert hatte: »Gebaut wird er doch!«

Und diesem unheilvollen reaktionären Einfluß des Junkertums, der jeden Fortschritt nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche hemmt, untersteht in Preußen das Schulwesen, die Einkommenbesteuerung, die »innere Kolonisation«, die Polizei, die Verwaltung und manches andere wichtige Gebiet des öffentlichen Lebens. Es ist daher kein Wunder, wenn unter diesem Regiment die nackte Selbstsucht der Junkerkaste triumphiert, das Volksinteresse mit Füßen tretet und Preußen und mit ihm ganz Deutschland infolge dieser Rückständigkeit zum Gespött der ganzen Kulturwelt geworden ist.

Daher ist es für jeden vorwärts gerichteten Geist, für jeden ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiter dringende Pflicht, am 16. Mai 1913 dieses preußische Bollwerk der Reaktion in Deutschland mit aller Macht berennen zu helfen durch die geschlossene Stimmabgabe für die Kandidaten der Arbeiterpartei bei der Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus. Bei diesem Ansturm müssen alle unsre wahlberechtigten Kollegen gleich allen anderen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aus den entwickelten Gründen in den ersten Reihen kämpfen. Und die Wirkung dieses Ansturmes muß durch die ununterbrochene Weiterarbeit in den politischen Organisationen der Arbeiterschaft nachhaltig gestaltet und zur gegebenen Zeit mit neuer Kraft und Ausdauer wiederholt werden. So muß es eher oder später gelingen, die Junkermacht und den Junkerübermut zu brechen, das Bollwerk der Reaktion zu zertrümmern und dem Fortschritt und der Freiheit den Weg zu bereiten. Ein Feigling, wer in diesem Kampfe hinter dem Ofen sitzen bleibt!

Rundschau.

An der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik, die im Sommerhalbjahr 1914 in Leipzig stattfinden soll, werden sich auch die Gewerkschaften des graphischen Gewerbes, besonders die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Duckerhilfsarbeiter und Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe beteiligen. Und zwar soll die Beschickung der Ausstellung gemeinschaftlich erfolgen und eine gemeinsame Abteilung eingerichtet werden. Eine Konferenz von Vertretern der Hauptverbände der Organisationen des graphischen Gewerbes hat bereits die einleitenden Schritte getan. Da die Ausstellung auch das Interesse der gesamten graphischen Arbeiterschaft beanspruchen darf, weisen wir die Mitgliedschaftsvorstände daraufhin, daß den Mit-

gliedern die Aufspaltung des zum Besuch der Ausstellung notwendigen Geldes durch die Ausgabe von Sparmarken im Werte von 25 Pfg. erleichtert wird, die vom Direktorium der Ausstellung in Leipzig, Buchgewerbehaus, Dolzstr. 1, an die Ortsverwaltungen der Verbände unentgeltlich abgegeben werden. Die Sparkarten zum Einkleben der Marken müssen sich die Mitgliedschaften selbst anfertigen lassen. Wir wiederholen unsern bereits in Nr. 11 der »Gr. Pr.« erteilten Rat, die Vorbereitungen zum Ausstellungsbesuch und die Ausstellungsfahrt nach Leipzig mit den übrigen graphischen Verbandsfilialen in den einzelnen Druckorten gemeinsam in die Wege zu leiten.

Die Papier-Industrie-Ausstellung (PIA), auf die wir an dieser Stelle mehrfach hinwiesen, wurde am 3. Mai in der Philharmonie zu Berlin eröffnet. Die Ausstellungsräume enthalten alles, was mit der Papierverarbeitung und Papierverwendung zusammen hängt. Die Entwicklung der Schrift im Laufe der Zeit und bei den verschiedenen Völkern ist in der historischen Abteilung der Ausstellung in übersichtlicher Form dargestellt. Die interessante Veranstaltung, die leider schon am 14. Mai wieder geschlossen wird, bietet ein übersichtliches Bild der mannigfachen, schier unendlichen Verwendungsmöglichkeiten des Papiers, dieses wichtigsten Kulturträgers unseres Zeitalters.

Geschäftsergebnisse. Die Neue Photographische Gesellschaft in Berlin-Steglitz, die seit Jahren mit hohen Verlusten arbeitete, hat im vergangenen Jahre einen beträchtlichen Überschuß erzielt, was wohl nicht zuletzt auf den Wechsel im Direktorium zurückzuführen ist. Der Abschluß für 1912 ergibt, wie die Verwaltung mittelt, nach »umfangreichen ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen« einen Reingewinn von — 133 053 Mk. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, von der Ausschüttung einer Dividende abzusehen und den Gewinn zur Stärkung der Betriebsmittel zu benutzen.

Im Baugewerbe wurden die zentralen Verhandlungen, die am 22. April wieder aufgenommen worden waren, ohne jedoch ein Ergebnis zu zeitigen, am 27. April im Reichstagsgebäude fortgesetzt. Zu diesen Verhandlungen waren die Bezirksleiter der Parteien und zum Teil auch die örtlichen Vertrauensmänner erschienen. Nacheinander wurde über die für die einzelnen Bezirke zu machenden Zugeständnisse verhandelt. Zum Teil hatten sich die Parteien schon direkt verständigt, für manche Gebiete erfolgte eine Einigung durch Vermittlung der Unparteilichen; beim Abschluß der Verhandlungen am 30. April waren aber immer noch eine Reihe von Bezirken übrig, für welche eine Verständigung nicht hatte erzielt werden können. Für diese Lohngebiete formulierten die Unparteilichen Schiedssprüche, die am Abend des 1. Mai verkündet wurden. Den Parteien wurde eine Frist zur Erklärung über die Annahme oder Ablehnung der Schiedssprüche gesetzt. Inzwischen haben sich sowohl, wie an anderer Stelle noch näher ausgeführt wird, die Generalversammlungen und Arbeiterverbände als auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für die Annahme der Vorschläge der Unparteilichen entschieden, sodaß der Friede im Baugewerbe voraussichtlich erhalten bleibt und die Tarifbewegung ihren Abschluß gefunden hat.

Die »Volksfürsorge« ist am 6. Mai vom Aufsichtsam in Berlin genehmigt worden. Der Geschäftsbetrieb der »Volksfürsorge« kann allerdings erst aufgenommen werden, nachdem die Firma in das Handelsregister in Hamburg eingetragen ist, was dann erfolgt, wenn die Ausfertigung der Konzession durch das Aufsichtsam vorliegt. Immerhin steht nun fest, daß die »Volksfürsorge« in nächster Zeit ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen kann.

Der Nahrungsmittelaufwand ist auch im März 1913 nach den von Calwer berechneten Indizes etwas zurückgegangen, allerdings nur um 0,03 Mk., und zwar von 25,86 Mk. im Februar auf 25,83 Mk. im Berichtsmonat. Diese Ziffer ist aber immer noch um 0,65 Mk. höher als im März 1912, in welchem der Reichsindex nur 25,18 Mk. betrug.

Generalversammlungen und Kongresse.

Zivilmusiker. Vom 22. bis 25. April tagte in Breslau die 5. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands, der Ende 1912 in 37 Zählstellen 1885 Mitglieder und ein Vermögen von 48 306 Mk. hatte. Man beklagte sich über die geringe Benutzung der Arbeitsnachweise des Verbandes zur Beschaffung von Musikern für Arbeiterfeste. Zutreffend bemerkte hierzu der Verbandsvorsitzende Fauth, diese Zurücksetzung werde sofort ganz von selbst aufhören, wenn es die Zivilmusiker allgemein ernst mit ihrer beruflichen Ausbildung nehmen und sich bemühen, künstlerisch das Beste zu bieten. Der Vorstandtag beschloß die Anstellung eines Agitationsleiters im Hauptbureau und eine Ausdehnung des Verbandsgebiets auf gewerblich tätige Bandonion-, Zither- und Harfenspieler. Er nahm ferner Stellung gegen die Militärkonkurrenz. Endlich nahm er noch Referate entgegen über »Die Musiker unter der Reichsversicherungsordnung«, »Die Versicherung der Privatangestellten« und »Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge«.

Fleischer. Die 6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer Deutschlands fand vom 27. bis 30. April in Dresden statt. Sie forderte vor Eintritt in die Tagesordnung die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, die Öffnung der

Grenzen für die Einfuhr von Vieh und frischem und zubereitetem Fleisch, die Aufhebung der Futtermittelzölle und die Beseitigung der Einfuhrschneide, um eine Milderung der Fleischnot herbeizuführen. Der Verband hat sich in der dreijährigen Berichtsperiode vortrefflich entwickelt: die Auflage des Verbandsorgans stieg allein seit September 1912 von 4600 auf regelmäßig 10000 Exemplare, weshalb der Verbandstag das allwöchentliche adtsseitige Erscheinen und die Anstellung einer dritten Kraft als Redakteur beschloß. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, eine praktische Organisation der Lehrlinge zu betreiben. Das Gegenseitigkeitsverhältnis mit den ausländischen Bruderverbänden hat durch die Gründung einer internationalen Zentralstelle mit dem Sitz in Berlin festere Gestalt erhalten. Neben einer Revision des Statuts befaßte sich der Verbandstag noch mit den Tarifbewegungen in den Genossenschaftsschlächtereien, mit der Taktik bei Lohnbewegungen, mit der gelben, »meistertreuen« Gesellenbewegung und mit der Volksfürsorge.

Bergarbeiter. Vom 27. April bis 2. Mai hielt der *Deutsche Bergarbeiterverband* in Hannover seine 20. Generalversammlung ab. Er brandmarkte durch eine scharfe Resolution den Verrat der Christlichen beim Kampf im Ruhrrevier; sie haben durch ihre Haltung die Kraft des Grubenkapitals gestärkt und die der Bergarbeiterschaft geschwächt. Der Verband hat in der Berichtsperiode 9375 Mitglieder verloren; er zählte Ende 1912 114062 Mitglieder. Auch das Vermögen sank infolge des abgebrochenen Kampfes im Jahre 1912 um rund eine Million auf 2664136 Mark. Im Anschluß an die Besprechung der Massenunfälle im Bergbau forderte der Verbandstag den Erlaß eines Reichsberggesetzes. Nach einem Referat über Konzentration, Syndikatspolitik und Verstaatlichungsfrage im Bergbau wurde mit einer ausführlichen Begründung die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert. Bei der Statutberatung beschloß die Generalversammlung die Einführung eines freiwilligen 60 Pf.-Beitrags. Die Streikunterstützung wurde neu geregelt. Viele Delegierte verlangten, daß bei einer Beitragsleistung unter 13 Wochen keine Unterstützung bezahlt werden soll. Dies lehnte jedoch die Generalversammlung ab. Sie trug aber durch ihre Beschlüsse den älteren Mitgliedern mehr Rechnung.

Bauarbeiter. Der *Deutsche Bauarbeiterverband* hielt vom 6. bis 9. Mai in Berlin eine Generalversammlung ab, die als Fortsetzung des im Januar in Jena abgehaltenen Verbandstages gilt und die sich neben einer Revision des Statuts hauptsächlich mit den Ergebnissen der Tarifberatung beschäftigte. Nach einer mehrjährigen eingehenden Aussprache erklärte sich der Verbandstag trotz aller Bedenken, die im ersten Teil der angenommenen Resolution nochmals geltend gemacht wurden, bereit, der *Erneuerung des Tarifvertrages auf der Grundlage der vorliegenden Vorschläge* zuzustimmen. Der Beschluß wurde mit 296 gegen 99 Stimmen gefaßt. Ferner beschloß der Verbandstag fast einstimmig, daß alle Zweigvereine ohne Ausnahme der angenommenen Resolution Rechnung zu tragen haben und Streiks aus Anlaß dieser Bewegung nicht unterstützt werden. — Auch der *christliche Bauarbeiterverband* hat auf seiner in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Tagung die Schiedssprüche mit 83 gegen 21 Stimmen angenommen.

Zimmerer. Am 8. und 9. Mai tagte auch in Berlin als Fortsetzung des im Februar abgehaltenen Verbandstages die außerordentliche Generalversammlung des *Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen*, die ebenfalls in erster Linie zur Tarifbewegung und ihrem Ergebnis Stellung zu nehmen hatte. Außerdem beschäftigte sie sich mit der Betonfrage. Die eingehende Aussprache über die Tarifverhandlungen endete damit, daß die *Vorschläge der Unparteiischen in namentlicher Abstimmung mit 102 gegen 35 Stimmen angenommen wurden.*

Wirtschaftliche Monatsschau. Berlin, den 10. Mai 1913.

Neue politische Störungen für Börse und Geldmarkt. Stockende Emissionen Verlegenheiten für die Gemeindefinanzen. Der Stand der Produktion. Rückgang auf dem Eisenmarkt. Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Politik stand von neuem ganz und gar im Vordergrund, und nach allen Seiten wirkte die Zuspitzung des österreichisch-montenegrinischen Konfliktes verhängnisvoll. Die eben noch so haussfreundliche Börse sah die meisten Kurse wieder tief zurückgeworfen, vor allem am 29. April. Allerdings zog jede günstigere Nachricht aus London, dem Sitz der Botschafterkonferenz, und aus Wien auch eine außergewöhnlich rasche Kursbelebung nach sich; nur dauerte diese Freude zunächst regelmäßig nur kurze Zeit, und man muß abwarten, ob mit dem bedingungslosen Nachgeben Montenegros in der Skutarfrage eine dauernde Beruhigung sich vorbereit. Die sofortige Wirkung der politischen Störungen war eine abermalige Erschwerung des Geldmarktes und der eben in Fluß geratenen Emissionsbewegung. Hatte die vorangegangene Friedenszuversicht lange zurückgehaltene Gelder wieder hervorgeholt, so hielten die Banken jetzt von neuem nach Möglichkeit Bargeld fest, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, während im größeren Geschäftsleben wie im kleineren Alltagsverkehr das ängstliche Festhalten und der stockende Umlauf des Geldes abermals einsetzte. Für ge-

wöhnlich ändert sich in der Übergangswoche vom April zum Mai der Privatliskont nicht; diesmal stieg er von 4 $\frac{3}{4}$ Proz. am 28. April auf 5 $\frac{1}{2}$ Proz. am 3. Mai (im Vorjahre beidemal 3 $\frac{3}{4}$ Proz.). Der Reichsbankpräsident betonte unter solchen Umständen, daß man die Hoffnung auf eine Ermäßigung des Bankdiskontes (6 Proz.) vorläufig auf ganz unbestimmte Zeit vertagen müsse. Die Reichsbank selber hat sofort den Wetterwechsel in unliebsamer Weise verspürt. Eben hatte der Ausweis vom 23. April, zum erstenmal seit Bestehen der Bank, einen Goldbestand in der Höhe von einer Milliarde erreicht und überschritten (1005,9 Millionen Mark, gegen einen Höchstbestand an Gold im Jahre 1910 von 881,5 Millionen Mark, im Jahre 1911 von 924,9 Millionen Mark, im Jahre 1912 am 23. Juni von 982,2 Millionen Mark). Aber einmal beruht diese Stärkung des Zentralinstituts auf einer stärkeren Durchdringung des Verkehrs mit kleineren Scheinen: mit Banknoten von 50 und 20 Mk., vielleicht auch schon mit Reichskassenscheinen von 10 und 5 Mk., obwohl deren Gesamtbetrag bisher die alte Summe von 120 Millionen Mark nicht überschritten hat. Und weiter erwies sich die Kräftigung als sehr kurzlebige. Ende April 1911 und 1912 verfügte die Reichsbank noch immer über eine steuerfreie Notenreserve von 99,6 und 58,4 Millionen Mark; diesmal war bereits die Steuerpflicht von nicht weniger als 218,3 Millionen Mark zurückgekehrt, nachdem die Vorwoche eine steuerfreie Reserve von 83,3 Millionen Mark verzeichnen konnte. Der Goldbestand ging in dieser Aprilschlußwoche wieder um 41 Millionen Mark zurück, nachdem die dritte Aprilwoche eine Steigerung um 30 Millionen Mark gebracht hatte.

Einmal geplante Emissionen lassen sich natürlich nicht nach Belieben vertagen. Aber die zuerst Gekommenen der kurzen Erholungsperiode können sich ins Fäustchen lachen, denn ihren Nachfolgern winken vorläufig keine ähnlich günstigen Aussichten. Wie sehr sich seit Jahren unter der Anspannung des Geldmarktes die allgemeinen Chancen für die Unterbringung neuer Werte verschlechtert haben, möge ein Auszug aus der »Frankfurter Zeitung« über die letztjährigen Schicksale der Gemeindefinanzen deutlich machen. Ende März betrug der Durchschnittskurs der an der Berliner Börse gehandelten reichsdeutschen Kommunalanleihen:

	Proz.	1908	Proz.	1911	Proz.
1905 . . .	100,21	1908 . . .	93,85	1911 . . .	96,61
1906 . . .	99,76	1909 . . .	97,42	1912 . . .	95,37
1907 . . .	96,95	1910 . . .	96,94	1913 . . .	93,01

»Fast alle Städte, die in letzter Zeit Anleihen aufnehmen, mußten für ihre 4proz. Anleihen einen Emissionskurs von unter 95 Proz. akzeptieren. Letzterer betrug bei der Anleiheaufnahme der Stadt Karlsruhe 94,76 Proz., der Städte Darmstadt und Straßburg je 94,49 Proz. und der Stadt Bodum sogar nur 94,15 Proz. Deshalb ist es auch erklärlich, daß die Zeichnung auf die 4proz. 15 Millionen-Anleihe der Stadt Köln zu dem verhältnismäßig hohen Begebungskurs von 97 $\frac{3}{4}$ Proz. so ungünstig ausfiel, daß eines der Bankkonsortien, das die Hälfte der Emission übernahm, nur 2,57 Millionen Mark unterbrachte.« Der 3 $\frac{1}{2}$ proz. Typus, der Ende der neunziger Jahre noch die Regel bildete, ist überall verschwunden. 1897 stand, wenigstens für die größeren Städte, dieser Typus bei Emissionen noch über Pari. In den letzten Jahren sank selbst bei den 4prozentigen Anleihen der Emissionskurs: von 101,25 Proz. im Jahre 1897 auf 99,85 Proz. im Jahre 1907 und 94,47 Prozent im Jahre 1913. Im Augenblick sind die Bedingungen, zu denen sich die Banken für die Übernahme neuer Kommunalanleihen bereit erklären, so ungünstig, daß beispielsweise Wilmersdorf, Hagen und andere Städte ihre Anleihepläne vorerst ganz fallen ließen.

Daß die Produktion selbst während der kritischen Börsen- und Geldmarktsperiode ihre eigenen Wege ging, wurde oft genug hervorgehoben. Im Durchschnitt setzt sich diese günstige Bewegung noch immer fort. Einige statistische Ziffern mögen dies belegen. Die Kohlenproduktion für März (in Klammer: für Januar bis März) gibt soeben das Reichsamt des Innern wie folgt an: Steinkohlen 15413378 Tonnen gegen nur 12811823 Tonnen im Vorjahre (47558449 gegen nur 42021733 Tonnen), Koks 2744350 gegen 2130905 Tonnen (7991860 gegen 6742553 Tonnen). Nach der Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Rohisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats März 1913 insgesamt 1628190 Tonnen gegen 1492511 Tonnen im Februar 1913 und 1446143 Tonnen im März 1912. Die Erzeugung während der Monate Januar bis 31. März 1913 stellte sich auf 4730415 Tonnen gegen 4168770 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Deutschlands Ausfuhr betrug im März: der Menge nach 5717824 Tonnen gegen 5307755 Tonnen im März 1912; dem Werte nach 854,6 Millionen Mark gegen 752,6 Millionen Mark im März 1912 — oder im ganzen ersten Quartal 1913: der Menge nach 18087854 gegen 15316967 Tonnen im Vorjahre, dem Werte nach 2443,9 gegen 2066,3 Millionen Mark im Vorjahre. Die Güterverkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen betrugen im März 171345487 Mark, also gegen den gleichen Vorjahrsmonat 2512024 Mark mehr. Oder auf den Kilometer umgerechnet, ergeben sich 3202 Mark Frachteinnahme; das sind 11 Mark oder 0,34 Proz. mehr als im März 1912. Beim Personenverkehr ist diese Steigerung noch viel ansehnlicher;

der März brachte hier 76006882 Mark Einnahme: 12641493 Mark mehr als im Vorjahre — oder pro Kilometer 231 Mark gleich 18,83 Proz. mehr als im Vorjahre. Hierbei spielt allerdings ein abnormer Faktor mit, der vielleicht die Gütereinnahme etwas reduzierte, während er zweifellos der Personenverkehr ausnahmsweise hob: das Osterfest fiel diesmal in den März, im vorigen Jahre dagegen in den April.

Trotz dieses gesundheitsstrotzenden äußeren Scheins ist aber auch das Produktionsgebiet im Innern in der kritischen Börsen- und Geldmarktsperiode nicht ganz unangegriffen geblieben. Das wurde schon in der vorigen Monatschau (»Gr. Pr.« Nr. 16) an manchen Ermattungserscheinungen des *Eisenmarktes*, besonders am Abbröckeln der Eisenpreise, gezeigt. Nunmehr wird von fast allen Seiten zugegeben, daß der Abschluß- und Auftragsbestand der Werke merklich zusammenschrumpft, weil die Abnehmer niedrigere Preise erwarten und nur den nötigen Bedarf momentan decken. »Für die nächsten Monate,« urteilt ein Fachmann des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, »sind die Werke ja noch gut besetzt, doch für den kommenden Herbst und Winter fehlen heute noch die Abschlüsse, und da die Werke bei der gestiegenen Produktion sich frühzeitig ein gewisses Quantum sichern wollen, so kann es nicht ausbleiben, daß in den Preisen der nicht syndizierten Produkte, namentlich für Stabeisen, bei neuen Geschäften Nachlässe bewilligt werden.«

Für das Nachlassen der Produktionskonjunktur sprechen leider auch die Ziffern des *Arbeitsmarktes*. Die letzten Übersichten betreffen hier den März. Von Februar zu März bringt die Jahreszeit regelmäßig eine Verbesserung; diese ist 1913 zwar nicht ausgeblieben, aber sie war nach dem »Reichsarbeitsblatt« merkbar schwächer und »blieb entschieden hinter derjenigen des Vorjahres zurück«. Wir greifen die Fachverbandsziffer heraus. Über die Arbeitslosigkeit im März d. J. berichteten 50 Fachverbände mit 2059633 Mitgliedern. Von diesen waren im Berichtsmonat 2,3 Prozent gegen 2,9 Prozent im Februar 1913 arbeitslos. »Von Ende Februar bis Ende März findet regelmäßig ein starker Abfall der Arbeitslosigkeit statt. Im Vorjahre war er viel stärker als in diesem Jahre; damals sank die Arbeitslosigkeit von 2,5 Proz. zu Ende Februar auf 1,6 Proz. zu Ende März. Die Arbeitslosigkeit vom Ende März dieses Jahres erreicht also nahezu den Stand des Februar vorigen Jahres.« Speziell für Berlin bezeichnet der Märzbericht des Zentralvereins für Arbeitsnachweis die allgemeine Tendenz als flau; sie habe sich gegen die Paralleltendenz des Vorjahres verschlechtert; auf je 100 offene Stellen kamen in den Arbeitsnachweisen 177 Männer und 120 Frauen gegen 133 beziehungsweise 101 im März des Jahres 1912. Nach Max Schippel.

Vom Tiermenschchen zu Kulturmenschen.

Ein Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte.

Wie in der gesamten belebten Natur, so können wir auch in der Menschheit deutlich beobachten, daß es nirgends etwas Festes, Starres, Unabänderliches gibt, sondern daß sich alles in einer beständigen Umwandlung, in einem ununterbrochenen Flusse befindet. Jedes Lebewesen macht eine fortlaufende Entwicklung durch und auch die soziale Gruppe durchläuft verschiedene Entwicklungsstufen. Wie ein Baum, ein Tier und ein Mensch entsteht, wächst und vergeht, so ist auch die gesamte Menschheit in einer fortwährenden Entwicklung begriffen. Gleich einem Strome, der aus dem dunklen Schoß der Berge hervorbricht, flutet die Menschheit in die Geschichte hinein, und gleich einem Strome, der sich im unermeßlichen Weltmeer verliert, verschwinden die Menschengeschlechter im Dunkel der Zukunft. Immer neue Wellen kommen und verschwinden und immer neue Generationen wandern dahin von der Wiege zum Grabe. Alles soziale Geschehen trägt die Spuren einer fortwährenden Umwandlung in sich, es ist nur ein Ausschnitt aus einer unendlichen Entwicklungsreihe, deren Anfangs- und Endpunkt wir nicht kennen, es ist ein Glied in einer ununterbrochenen Kette. Jede soziale Gemeinschaft: Horde, Stamm, Volk und Staat hat sich aus kleineren Anfängen zu immer größerem Umfange und immer höheren Leistungen entwickelt, jede wirtschaftliche Einrichtung: Hauswirtschaft, Sklavenwirtschaft, Feudalismus und Kapitalismus bildet eine Entwicklungsreihe, und auch die sozialgeistigen Erscheinungen und sozialen Bewußtseinsformen: Sprache, Sitte, Religion, Recht, Klassenbewußtsein, Standesbewußtsein u. s. w. zeigen unverkennbare Merkmale einer fortwährenden Umgestaltung. *Das Dichterver:* »Nichts ist beständig als der Wechsel!« verleiht dieser Tatsache Ausdruck, und ist die poetische Form für das große soziale Gesetz der Entwicklung.

In dem ununterbrochenen Aufstieg der Menschheit von der niederen Stufe zu einer immer höheren ist der Ausgangspunkt in dem Zeitraume zu suchen, als der Tiermensch sich Werkzeuge herstellte, um sich dadurch die eigene Arbeit zu erleichtern. Jetzt riß sich die Menschheit von der Tierheit los und die Menschwerdung nahm ihren Anfang. Bei keinem Tiere kennen wir die Herstellung und den Gebrauch

von Werkzeugen, der Mensch aber verwendete den Stein als Messer und Hammer, den Baumstamm als Pflug und so schuf er sich die einfachsten, ursprünglichsten Arbeitsmittel. Dann lernte er den Gebrauch des Feuers und begann Metalle zu bearbeiten und Speisen zu kochen, er erfand die Kunst des Ackerbaues und des Bergbaues und rang der Erde ihre Schätze ab; er stellte sich Waffen her für den Krieg und die Jagd und er verfertigte sich Hausgeräte, um sich sein Heim gemütlicher zu gestalten, er baute sich Wagen und Schiffe einfachster Form zum Transport von Gebrauchsgegenständen. Gleichzeitig fing er an, Tiere zu zähmen und zur Arbeit heranzuziehen, auch machte er die besiegten Feinde zu Sklaven und förderte ihnen die schweren, schmutzigen, unangenehmen Arbeiten auf. Endlich machte er sich zum Herrn der Natur, indem er die Naturkräfte bändigte und in seinen Dienst hineinzwangte, er unterwarf Wasser und Wind, Dampf und Elektrizität seinem mächtigen Willen, worüber er nicht vergaß, die Werkzeuge immer mehr zu verbessern und die Arbeitsmethoden zu vervollkommen.

Diese technisch-wirtschaftlichen Fortschritte wurden von einer sozialen und sozialgeistigen Umwälzung begleitet. Die soziale Gliederung in der Menschheit nahm neue Formen an und aus der ursprünglichen einfachen Menschenschilde entwickelten sich im Laufe der Jahrtausende Weltstaaten mit einem weitverzweigten Netz von Behörden. Auch die Wirtschaftsform veränderte sich und aus der für den eigenen Bedarf arbeitenden Urfamilie entstand durch mehrere Zwischenglieder hindurch die kapitalistische Weltwirtschaft. Nicht minder auch trieb das soziale Bewußtsein neue Blüten; das Klassenbewußtsein mit seinem Klassenegoismus entwickelte sich allmählich zum Sozialismus und zum Humanismus, die rohe Gewalt wird ersetzt durch die soziale Moral und das gleiche Recht für alle. Die Religion machte ebenfalls einen Entwicklungsgang durch: nachdem der Mensch zuerst in den Naturkräften Götter und in den Göttern Wesen mit menschlichen Eigenschaften sah, suchte er später hinter der Natur Ideen und Triebkräfte und gelangte zuletzt zum Monismus, zur Einheit von Kraft und Stoff unter Ausscheidung eines Schöpfers. Ähnlich entwickelten sich auch die Wissenschaften und die Künste, die ganz deutlich Spuren einer Umwälzung an sich tragen.

In seinem Entwicklungsgange kam dem Menschen vor allen Dingen die Tatsache zugute, daß er ein soziales Wesen ist, das mit Seinesgleichen in Gruppen zusammenlebt und zusammenarbeitet, das im bewußten und gewollten planmäßigen Zusammenwirken mit andern seine Kraft verdoppelt und verzehnfacht. Hier leistete die Sprache wesentliche Dienste, weil sie eine Verständigung und gegenseitige Unterweisung ermöglichte, und als die Schrift hinzukam, war die Möglichkeit gegeben, dem gesprochenen Worte Dauer zu verleihen und es den Fernstehenden nutzbar zu machen. So war ein Mittel gefunden, die Kenntnisse und Erfahrungen früherer Zeiten der Nachwelt zu überliefern und geistige Schätze für die Zukunft und für die nachkommenden Geschlechter aufzuspeichern. Ist es nicht eine Tatsache, daß wir modernen Menschen ausgerüstet sind mit dem Wissen und Können von Jahrtausenden und daß die Vergangenheit zu uns spricht wie eine Mutter zu ihrem Kinde? Augenscheinlich zehren die Nachkommen immer von dem, was ihre Vorfahren erdacht, eronnen, erarbeitet und erkämpft haben; sie stehen, bildlich gesprochen, auf ihren Schultern und können deswegen einen größeren Raum überblicken als jene. Darum ist ihr Gesichtskreis gegen früher erweitert und mithilfe des sozialen Gedächtnisses, in dem sie das Geistesleben der Vergangenheit aufspeichern, können sie Aufgaben lösen, die einstmals völlig unlösbar erschienen.

So ist denn die Menschheit langsam, aber unablässig emporgestiegen aus niedrigen, tierischen Anfängen zu einer immer höheren Stufe kultureller Entwicklung und noch immer ist kein Ende dieses Aufstieges abzusehen. Hier erkennen wir deutlich das soziale Gesetz, daß Stillstand Rückschritt bedeutet, und daß jedes soziale Gebilde, dessen Entwicklung unterbrochen wird, dem Tode verfallen ist. Wenn man einem Baume die Wurzeln abschneidet, wenn man ihm Luft und Licht und Nahrung nimmt, so muß er zunächst verkümmern und dann zugrunde gehen. So stirbt auch eine soziale Gruppe ab, wenn man ihr die Lebensbedingungen abschneidet, so verschwindet ein Volk von der Bildfläche, wenn ihm die Lebensader durchschnitten wird. Aber ein Urwald wächst immer weiter, wenn auch der eine oder der andere Baum morsch wird und abstirbt, weil immer wieder neue Bäume emporstreben zum Licht, und so wächst auch die Menschheit weiter, mag auch das eine oder das andere Volk auf der Strecke liegen bleiben. Wir brauchen nur in die Menschheitsgeschichte zurückzublicken, um deutlich zu beachten, daß die Menschheit sich immer neu verjüngt und immer weiter vorwärts schreitet: Denn wenn das eine Volk, dessen Lebenskraft versiegt, von der Bildfläche verschwindet und im Meer der Vergangenheit versinkt, so taucht schon wieder ein anderes entwicklungsfähiges Volk aus dem Dunkel des Urwaldes oder aus der grauenhaften Ode einer weiten Steppe auf und erkämpft sich mit jugendlicher Kraft den Platz an der Sonne. Man könnte sagen, daß die Völker über die Bühne der Weltgeschichte

dahinziehen wie Schauspieler über die Theaterbühne: sie treten auf und zeigen sich im Lichte der Lampen, dann verschwinden sie im Hintergrunde und nun treten neue Schauspieler auf, beginnen ihr Spiel und verschwinden ebenfalls. So ist es auch in der Geschichte. Wenn das eine Volk, die eine Klasse müde geworden ist und die Fahne der Entwicklung in den Staub sinken läßt, so rafft ein anderes Volk, eine andere Klasse die Fahne vom Boden auf und trägt sie voran in das Land der Zukunft. Die Menschheit als Ganzes ist eben unsterblich und mit innerer Notwendigkeit schreitet sie vorwärts und aufwärts den dornenvollen Weg dem Ziel entgegen. Am Rande dieses Weges vermodern die vergangenen Geschlechter, ihre Kreuze und Leidensteine erzählen von dem, was die Träger der Entwicklung erdulden mußten; Blutspuren bezeichnen den Weg, den die Menschheit zurückgelegt hat. Aber ununterbrochen und ungehindert geht der Zug weiter in die dunkle Zukunft, an deren Rändern die Morgenröte bereits die aufsteigende Sonne verkündet.

Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im Kreuzfeuer.

Die bürgerliche Presse beteiligt sich fast ohne Ausnahme an dem Haberfeldtreiben gegen die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Freisinnige, national-liberale, hoch- und freikonservative, antisemitische und sonstige Zeitungen mit nicht deklariertem und doch so unverkennbarer Tendenz — alle betonen sie mit einem Ernste, der zum Lachen reizt, daß dem armen Gutenbergbunde nun endlich sein so lange ihm vorenthaltenes »Recht« werden müsse. Die Zentrumspresse natürlich allen voran. Wie haben sich doch die Zeiten geändert! Vor etlichen Jahren noch nannte ein Blatt in einer stramm zentrumsstreuen Stadt den Gutenbergbund »eine rühmlichst bekannte Schmarotzerpflanze im Buchdruckergerwebe«!!

Die tarifliche Rechtsprechung durch die Schiedsgerichte ist dem Gutenbergbunde ein besonderer Angriffspunkt; wenn er dabei mitwirken könnte, wäre natürlich die vollste Unparteilichkeit gewährleistet. Es kommen jedoch im Laufe eines Jahres vielleicht 10 oder 15 Fälle in ganz Deutschland vor, in die Gutenbergbündler verwickelt sind; sie könnten aber in reichlich zwei Drittel der Schiedsgerichte nicht einmal Vertreter entsenden, weil sie an den betreffenden Orten überhaupt keine Mitglieder haben! Außerdem spielt die Organisationszugehörigkeit weder vor den Schiedsinstanzen noch im Arbeitsverhältnis irgendwelche Rolle, denn der deutsche Buchdrucker-Tarif garantiert ausdrücklich die vollste Koalitionsfreiheit. Auch Sitz und Stimme im Tarifausschuß wurde vom Gutenbergbund verlangt. Sitz hat er übrigens seit 1901 in dieser Instanz. Außerdem kann der Gutenbergbund in den Fällen, wo Mitglieder von ihm in Frage kommen, bei Entscheidungen der letzten Instanz (Tarifamt) hinzugezogen werden.

Obwohl es klar und zweifelsohne war, daß die Tarifausschußsitzung den Gutenbergbund glatt abfallen lassen mußte, weil sein Verlangen Änderungen des geltenden tariflichen Rechtes bedingte, hatte dessen Organ die Stim, im »Interesse der Tarifgemeinschaft« zu schreiben: »Der Gutenbergbund beschrankt sich dabei nur auf solche Wünsche, die sich in allen Fällen ohne Abänderung der vom Tarifausschuß im September-Oktober 1911 beschlossenen Bestimmungen erfüllen lassen«, und die »Soziale Praxis« meinte biederträglich, der Tarifausschuß könne im Verwaltungswege durch Ausführungs- und Auslegungsvorschriften manchen Erfahrungen und Reformwünschen . . . Rechnung tragen! Da die Befolgung der tariflichen Bestimmungen »nach dem Grundsatz von Treu und Glauben« zu erfolgen hat, wie es in dem dem Buchdrucker-Tarif vorangesetzten Motto heißt, so läßt sich eine größere Mogelei als die beabsichtigt gewesene, nicht mehr denken.

Der Verbandsvorsitzende Döblin durchkreuzte jedoch zu Beginn der Verhandlungen des Tarifausschusses diese sauberen Pläne mit einer sehr deutlichen Anklage, versetzte dem Gutenbergbund so vernichtende Schläge, sagte den Protektoren des Gutenbergbundes derart unverblühte Wahrheiten, daß dessen Partie von vornherein als verloren gelten mußte. Er erklärte rüd heraus, daß die Verbandsgehilfen infolge der fortgesetzten Denunziationen und Provokationen des Gutenbergbundes für dessen Wünsche einfach nicht zu haben seien; wenn dieser sein Verhalten gegenüber der Tarifgemeinschaft nicht ändere, dann wäre sein Verlangen auch nach Ablauf der Tarifperiode für die Gehilfenvertreter undiskutabel. Döblin erklärte, der Verband werde seine sämtlichen Vertreter aus allen Tariforganen zurückziehen, dann gäbe es keinerlei »Bevorzugung« mehr. Von der Prinzipalität verlangte Döblin, ob sie sich nicht von Tarif wegen verpflichtet fühle, gegen dieses Treiben des Gutenbergbundes Stellung zu nehmen. Um das Maß voll zu machen, brachte ein Münchener Prinzipalvertreter den aktienmäßigen Teilbestand einer gegen ihn als Leiter der Buchdruckerfachschule vom Gutenbergbunde beim Münchener Magistrat eingereichten Denunziation wegen Begünstigung des »sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes vor. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes hielt darauf eine kreuzhämige Verteidigungsrede. Unschuldiger konnte ein neugeborenes Kind auch nicht hingestellt werden.

Gegen Döblins Argumente müsse er protestieren. Wenn der Gutenbergbund in den Tariforganen vertreten sei, würden — seine Provokationen und Denunziationen gegen die Tarifgemeinschaft aufhören! So steht es nicht wörtlich zu lesen im Protokoll, aber das läßt sich heraushören. Der weh- und demütige Appell um die weitere Gunst der hochmögenden Prinzipalität gehörte würdig in diese tapferere Verteidigungsrede hinein. Nachdem die Unternehmervertreter in einer Sonderberatung zu der durch das energische Auftreten der Gehilfenpartei verblüffend gewordenen Situation Stellung genommen hatten, erklärte der Wortführer der Prinzipale unter ausdrücklicher Anerkennung der Sachlichkeit Döblins, daß diese weder den Wunsch noch ein Recht hätten, jetzt eine Änderung des Tarifs vorzunehmen. Für eine der Mitgliezerzahl des Gutenbergbundes entsprechende verhältnismäßige Vertretung wäre die Prinzipalität später zu haben, von dessen weitgehenden Forderungen könne jedoch keine Rede sein. Die Art der Agitation, wie sie der Gutenbergbund in der Öffentlichkeit und namentlich in der letzten Zeit getrieben habe, werde ihrerseits gemißbilligt. Das war eine ebenso komplette Verurteilung wie Absage für den um »sein gutes Recht« kämpfenden Gutenbergbund; mehr noch für dessen Hintermänner, die nicht nur die christlichen Gewerkschaften, »verchristlichte« Sozialpolitiker, sondern auch Scharfmacher vom reinsten Wasser und scharfmacherisch geführte Buchdruckerunternehmer sind. Mit ihrem verlogenen Preßrummel hatte die »christliche« Buchdruckerorganisation trotz der Unterstützung aller bürgerlichen Parteien das gerade Gegenteil erreicht. Der Teufel mußte wohl den Vorsitzenden der Buchdruckerchristen leiten, als er nach dieser schweren Niederlage die Prinzipalität noch fragte, welche Art von Agitation des Gutenbergbundes denn gemißbilligt werde. Die offiziöse Antwort, daß damit dessen Angriffe auf die Tarifgemeinschaft, das Tarifamt, die Eingaben an Behörden und Taktlosigkeiten in seiner Presse und seinen Versammlungen über die Tariffragen von 1911 gemeint seien, gab dem sich so unschuldig gebärdenden Bundeshauptmann den Rest.

Der Verbandsvorsitzende Döblin hatte in seiner Rede auch den Unternehmern gründlich den Standpunkt klar gemacht über die eine scharfmacherische Richtung erkennen lassenden Vorgänge in ihrer Organisation, die auf ihrer vorjährigen Generalversammlung Beschlüsse faßte, wie sie nur vom Rüstungsieber eingegeben sein können. Namentlich das Verhalten des so gutenbergbundfreundlichen, rheinisch-westfälischen Kreises in der Tariffrage kennzeichnete er. In der Gehilfenschaft hätten diese Beschlüsse eine starke Beunruhigung hervorgerufen, die Ansicht herrschte vor, daß der Prinzipalität nichts mehr an einer friedlichen Verständigung mit der Gehilfenschaft liege. Die Unternehmerpartei ließ darauf erklären, sie wolle einschließen der rheinisch-westfälischen Prinzipale sich auch in Zukunft friedlich mit der Gehilfenschaft verständigen, von einem Frontwechsel könne nicht gesprochen werden, die Aufbringung größerer Geldmittel sei notwendig geworden, um ihre Organisation zu stärken. Döblin akzeptierte namens der Gehilfenvertreter diese Erklärungen und konstatierte, daß auch die Prinzipalität die Treibereien des Gutenbergbundes verurteile; wenn dieser darin fortfahre werde ein Einschreiten der Tariforgane dagegen erwartet. Was 1916 werde, bleibe abzuwarten. Das Zurückziehen der Verbandsvertreter aus den Tarifinstanzen erledigte sich durch diese unabweisende Stellungnahme der Prinzipale.

Im weiteren Verlaufe wurde dem Gutenbergbunde indes großmütig gestattet, die Tarifbefragte für seine Mitglieder nicht mehr einzeln, sondern korporativ an die Gehilfenvertreter abzuführen, wie es die beiden Hauptorganisationen der Einfachheit wegen schon immer tun. Darüber bestehen jedoch keine tariflichen Vorschriften, es handelt sich dabei um eine Erleichterung der Gehilfenvertreter. Wenn das Organ des Gutenbergbundes seinen Lesern als Ergebnis der Tarifausschußsitzung einstweilen kundgab: »Mitteln können wir, daß die Wünsche, welche unsere Organisation zu dieser Tagung gestellt hatte, zum Teil Erfüllung gefunden haben«, so ist damit zu erkennen gegeben, daß der alte plumpe Schwindel fortgesetzt werden soll. Größer konnte der Reinfall für diese selbst bei den christlichen Gewerkschaften in einem Isolierpavillon hausende »Organisation« sich gar nicht gestalten. Auch die mit widerlich scheinlichen Gründen belegte Forderung der Zulassung des Redakteurs vom »Typograph« — eines Praxistemples der M.-Gladbacher Jesuitenschule — fiel glatt unter den Tisch.

Das heftige Kreuzfeuer, in dem die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gestanden, hat sich also als wirkungslos erwiesen. Ob nochmals eine solche Schwindel- und Verleumdungskampagne in der Presse kommen wird, bleibt abzuwarten. Hoffentlich geht die Verbandsvertretung dann ebenso energisch ins Zeug. Auch der enragierte Anhänger des Proporz muß sagen, daß ein größerer Unfug mit dem Rechte der Minderheiten noch nicht getrieben wurde als hier. Wenn jedem das Seine werden soll, wie die »Soziale Praxis« fordert, dann hat der Gutenbergbund eben das Seine durchaus schon. Es ist ein frivoles Spiel, das da gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker getrieben wurde.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Zur Entwicklung unsrer Berufsverhältnisse.

II.

Wenn man in Erwägung zieht, daß unser Gewerbe in den verhältnismäßig wenigen Jahrzehnten eine so gute Entwicklung aufzuweisen hat, daß sich die Zahl der Beschäftigten mehr als vervierfachte, so ist dies ein Beweis, daß die Kunst Senefelders den Bedürfnissen der Zeit entgegen kam. Es dürfte schwer halten, einen anderen Berufsweig zu finden — abgesehen von der Eisenindustrie — der sich so schnell in der Volkswirtschaft Eingang und Bestand errungen hat. Das ist in erster Linie der Intelligenz der Arbeiter zu verdanken. Ist man ja erst nach langen Jahren dazu gekommen, die Wissenschaft in den Dienst des Steindrucks zu stellen. Betrachtet man heute die Drucke aus den siebziger und achtziger Jahren, so lassen sie die große Mühe und Sorgfalt erkennen, die bei ihrer Herstellung aufgewendet wurde. Diese Qualitätsarbeit hat sich ja auch frühzeitig den Weltmarkt erobert.

Die Produktion für den Inlandsmarkt ist, dank unsrer glorreichen nationalen Wirtschafts- und Steuerpolitik, fortwährend beunruhigt worden. Bei einer Luxusindustrie ist es vor allem notwendig, daß die Produkte, die irgendwelche Druckausstattung brauchen, im Preise stationär sind. Ja sie müssen eher billiger werden, um für den Massenkonsum geeignet zu sein. Wie war es damit im Deutschen Reich, dem klassischen Lande der indirekten Besteuerung, bestellt? Da hat man bekanntlich planmäßig alle Artikel, die für die breiten Volksmassen in Betracht kommen, einer blutigen indirekten Versteuerung unterworfen, um das Staatssäckel füllen zu können. Bei einer Steuerbelastung eines Produktes sucht man natürlich erst die Ausgaben für das Überflüssige und eventuell Entbehrliche einzuschränken, damit die Qualität und der Preis möglichst wenig beeinflusst wird. Die Leidenden sind dann immer die Beschäftigten in der Luxusindustrie. Und noch etwas kommt hinzu. Beim Publikum geht der Sinn, die Empfindung für eine schöne künstlerische Aufmachung allmählich verloren. Man achtet gar nicht mehr darauf, sondern ist froh, diesen oder jenen Artikel überhaupt kaufen zu können.

Dafür ein Beispiel! Die Tabakindustrie, die neben den Tabakarbeitern auch einem großen Teil unsrer Kollegen Beschäftigung gab in der Herstellung von Packungen, Plakaten usw., hat schon seit Bestehen des Deutschen Reiches die Schmerzen der indirekten Besteuerung erfahren. Schon Bismarck versuchte das Tabakmonopol einzuführen und die Steuer auf inländische Tabake um das elffache zu erhöhen. Dann versuchte Miquel bei der Finanzreform von 1892 aus einer Erhöhung der Tabaksteuer 45 Millionen zu erzielen. 1906 wollte Sydow eine erhöhte Zigarettensteuer einführen; der Tabak wurde mit 77 Millionen belastet. Auch 1909 fehlte selbstverständlich die Belastung des Tabaks nicht; es sollte ein 40prozentiger Wertzuschlag auf ausländische Tabake und Zigaretten und eine Erhöhung der inländischen Tabaksteuer erfolgen. Schließlich wurde dann eine Belastung um 43 Millionen durchgeführt. Man vergewaltigte sich einmal die Wirkung dieser Steuer-maherei bei einem Genußmittel, daß heute einen großen Konsum hat. Und man stelle sich weiter einmal vor, wie sich die Anstalten, die vorwiegend Zigarrenpackungen produzieren, hätten entwickeln können, wenn nicht für Deutschland Pferdekuren von Finanzreformen stattgefunden hätten. Und wir wollen nur noch erwähnen, daß der Kakao pro Kilo um 20 Pfg. und die Schokolade pro Kilo um 50 Pfg. indirekte Steuern verteuert wurden, Genußmittel, die auch zum großen Teil dem Massenkonsum entzogen sind. Auch hier wurden ohne Zweifel

die Ausgaben für lithographische Ausstattungen verringert, abgesehen von der Arbeit, die uns dadurch verloren geht, daß sich der Konsumentenkreis nicht erweitern kann, sondern auf das kleine Maß der Bemittelten beschränkt blieb.

Ein Faktor, von größerer Bedeutung für den Inlandsmarkt war die beispiellose wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches. Die zahlreichen industriellen Unternehmungen, die sich erst ein Tätigkeitsfeld erobern mußten, benötigten bedeutende Druckaufträge, insbesondere Merkantiltsachen. Dann kam die rasche Entwicklung der Eisenbahnen, die den Verkehr stark zur Entfaltung brachten und die einen starken Zustrom nach den Bädern und Kurorten bewirkten. Hier wurden vor allem die Ansichtspostkarten, die Ansichtsalbums usw. ein unerhebliches Bedürfnis, das mit jedem Jahre an die Quantität sowohl als auch an die Qualität höhere Anforderungen stellte. Es ist leider nicht möglich, diese Entwicklung statistisch zu erfassen, da wir bekanntlich keine Angaben über die Inlandsproduktion haben. Trotzdem wäre die gesamte Entwicklung unsres Berufes mit ihrer ungewöhnlichen Schnelligkeit wohl kaum möglich gewesen, wenn nicht so frühzeitig mit für das Ausland gearbeitet worden wäre.

Die Ausfuhr von deutschen Druckbildern betrug bereits im Jahre 1880, als zum ersten Male für das Deutsche Reich statistische Erhebungen gemacht wurden, 995 Tonnen zu einem Werte von 9,5 Millionen Mark. Mit jedem neuen Jahre steigerte sich die Ausfuhr und erhöhte sich der Wert. Bis 1902 finden wir nicht einmal, daß sich die Konjunkturschwankungen bemerkbar machen. Und dabei erstrecken sich die Angaben nur auf das deutsche Zollgebiet, von dem bis zum Jahre 1906 die Freihafengebiete Hamburg, Cuxhafen, Bremerhaven und Geste-münde ausgeschlossen waren. Zweifellos sind auch von den Zollauschlüssen alljährlich große Mengen graphischer Produkte nach den überseeischen Ländern versandt worden, ohne das sie in der Statistik Aufnahme gefunden haben. Außerden sind die Mengen, die unter 50 Tonnen betragen, ebenfalls nicht vermerkt worden. Ausgeführt wurde nach Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz, Spanien, Argentinien, Brasilien, Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten von Amerika, Australien und schließlich auch nach Japan. Man sieht, der ganze Erdenball bezieht aus Deutschland lithographische Druckbilder. Wir fügen folgende Zusammenstellung, die wir der deutschen Reichsstatistik entnommen haben, an:

Jahr	Gesamtausfuhr in Tonnen	Wert in Mill. Mark	Jahr	Gesamtausfuhr in Tonnen	Wert in Mill. Mark
1880	995	9,5	1891	4057	40,6
1881	1251	11,9	1892	3811	41,9
1883	1762	14,4	1893	3933	43,3
1884	2105	20,0	1894	4026	44,3
1885	2291	21,8	1895	4195	46,1
1886	2312	22,0	1896	4568	50,2
1887	2720	25,8	1897	4806	55,3
1888	2778	26,4	1898	5042	58,0
1889	3494	34,9	1899	5408	62,2
1890	3914	39,1	1900	6105	70,2

Deutlicher als aus Worten kann man aus diesen Zahlen ersehen, daß für die deutsche Lithographie der auswärtige Markt an Bedeutung ständig zugenommen hat. Das Steindruckgewerbe wird mehr und mehr zur Exportindustrie, die Lage und der Beschäftigungsgrad der Arbeiter wird dadurch abhängig von dem Absatz nach den auswärtigen Märkten. Am günstigsten war ja die Ausfuhr um die Jahrhundertwende, wo sie sich im Werte um 8 Millionen erhöhte, obwohl mit der erhöhten Produktionsmenge eine ständige Verbilligung Hand in Hand ging. An erster Stelle der Ausfuhrländer stehen 1900 Großbritannien mit 2114 Tonnen, Amerika mit 846 Tonnen, Österreich mit 800 Tonnen und Frankreich mit 598 Tonnen.

Hier dürfte erst noch eine Erklärung am Platze sein. Der Geldwert der deutschen Waren-ausfuhr wird in der Art und Weise festgesetzt,

daß jedes Jahr im Februar oder März durch die Regierung eine große Anzahl von Sachverständigen zusammenberufen werden. In den einzelnen Kommissionen werden dann für Ein- und Ausfuhr getrennt durch genaue Feststellungen Einheitswerte pro 1000 Kilogramm jeder Ware festgestellt. Wir haben es also beim Geldwert der Ausfuhr und Einfuhr nur mit Schätzungen zu tun, und von deren Genauigkeit hängt es ab, wie weit das Bild richtig getroffen wird. Nun ist es bemerkenswert, daß sich vom Jahre 1884 ab der Schätzungswert für 1000 Kilogramm auf 1000 Mark bezifferte; nur 1888 sank er auf 950 Mark, erreichte aber schon im folgenden Jahre seine alte Höhe wieder. Von 1893 erhöhte sich der Wert pro Tonne um 100 Mark und 1898 abermals um 50 Mark. Es ist also eine Erhöhung des Geldwertes um 15 Prozent innerhalb zehn Jahren eingetreten.

Das folgende Jahrzehnt hat für die Ausfuhr längst nicht mehr die günstigen Resultate aufzuweisen als die zwei Jahrzehnte vorher. Die Schätzungswertziffer erreicht 1901 und 1902 die Höhen von 1500 Mark, sinkt aber bereits 1903 auf 815 Mark und steigt dann für die beiden folgenden Jahre auf 950 Mark. Das ist derselbe Wert wie 1888, der in den ersten zwanzig Jahren der niedrigste war. Dann sinkt der Wert gewaltig herab, 1906 auf 298 Mark, 1907 auf 276 und in den beiden nächsten Jahren sogar auf 274 Mark. Dieses rapide Sinken des Wertes von 1500 Mark auf 274 Mark pro 1000 Kilogramm, also um mehr als vier Fünftel innerhalb von acht Jahren, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die festen Grundlagen der deutschen Druckbilderausfuhr immer mehr ins Wanken gekommen sind. Für das Gewerbe mußte diese Tatsache eine furchtbare Krisis im Gefolge haben, umso mehr, als gerade die stabilen Verhältnisse von ehemals die Steindruckerei zu einer Exportindustrie ersten Ranges entwickelt hatten. Namhafte Firmen lieferten nur für den auswärtigen Markt und verloren teilweise oder ganz ihre Beschäftigung, wenn diese Ausfuhr sich verringerte oder gar unterblieb. — Unsr Zusammenstellung ergibt folgendes Bild:

Jahr	Gesamtausfuhr in Tonnen	Wert in 1000 Mark
1901	5992	89874
1902	6810	102146
1903	7429	60548
1904	8197	77871
1905	8364	79459
1906 März/Dez.	5129	14778
1907	7231	19981
1908	6607	18115
1909	6089	17543
1910	5697	16045
1911	5051	14257

Der Gipfelpunkt vom Jahre 1902 mit einem Wert von 102146000 Mark wird mit jedem Jahre von einem ständigen Fallen des Wertes verlassen. Und hier muß wohl beachtet werden, daß für 1906, dem Jahre des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs, nur 10 Monate in Berechnung gezogen und von 1906 ab die Zoll-ausschlüsse, die Freihäfen Hamburg, Bremen usw., mit in die Statistik einbezogen wurden, so daß sich die Angaben von diesem Jahre ab auf das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet erstrecken — was also für den Export nach den überseeischen Ländern von großer Bedeutung ist —, während vor 1906 große Mengen von graphischen Produkten von der Statistik gar nicht erfaßt werden konnten.

Zur Generalversammlung.

Die bevorstehende Generalversammlung wird sich notgedrungen wiederum mit einschneidenden Änderungen unseres Verbandstatuts befassen müssen. Wohl weniger unsere Unterstützungs-, als in erster Linie unsere Verwaltungseinrichtung wird zu reorganisieren sein. Außer der Anstellung eines weiteren Kollegen im Hauptvorstand zur Bearbeitung der Bewegungen in unserer Organisation brauchen wir eine Körperschaft, die beratend und beschlußfassend die Richtlinien unserer jeweiligen Kampfstellung vorzeichnet.

Bis jetzt waren es der Hauptvorstand und eventuell der Ausschuß, die ausschließlich das Bestimmungsrecht über vorzunehmende Aktionen hatten. Bei der letzten Aussperrung trat eine neuere Übung hinzu, indem man, allerdings nur zur Information, die Gauvertreter heranzog.

Ohne die Beweglichkeit stark zu beeinträchtigen, ist es doch notwendig, die Beschlusrechte über die Kampfstrategie oder eine eventuelle Einführung eines Zentralrates auf eine breitere Basis zu stellen und einer Körperschaft zu übertragen, die den Gesamtwillen der Kollegenschaft Deutschlands widerspiegelt.

Die Zusammensetzung könnte wie folgt sein: a) Mitglieder des Hauptvorstandes, b) Mitglieder des Ausschusses, c) die Redaktion, d) Abgeordnete auf je (vielleicht 1500 Mitglieder), e) alle Verbandsangestellten, falls sie nicht als Abgeordnete gewählt sind. Die Neuwahl müßte jährlich erfolgen, der Zusammenschluß mindestens halbjährlich. Auf Antrag einer bestimmten Zahl Abgeordneter oder Gauvorstände müßte eine Sitzung einberufen werden. Die Einberufung hätte durch Hauptvorstand und Ausschuß zu geschehen.

Ganz besonders müßte darauf geachtet werden, der im Beruf stehenden Kollegenschaft eine Majorität zu sichern. Gewiß wird man die Erfahrungen unserer Verbandsangestellten nicht beherzigen können. Aber es muß betont werden, ohne den guten Willen der Angestellten im geringsten bezweifeln zu wollen: während sich ihr Blick verwaltungstechnisch erweitert hat, kann man ein gleiches nicht immer in punkto »Gefühl« behaupten. Es darf nicht soweit kommen, daß sich die Angestellten als bevorrechtigte Klasse innerhalb der Arbeiterschaft fühlen und diese bevorzugen wollen. Ein Hinweis auf die Buchdrucker genügt; eine demokratisch gesinnte Arbeiterschaft muß durch schärfste Kontrolle ihrer Angestellten, durch dominierende Anteilnahme in allen Körperschaften verhindern, daß ihre Rechte geschnitten werden können.

Die Frage, auf wie viel Kollegen ein Abgeordneter entfallen soll, ist wohl unserm Geldbeutel entsprechend zu beurteilen.

Die Hamburger Kollegen haben bereits zur Vorberatung auf dem Gautage einen diesbezüglichen Antrag formuliert, auch die Hannoveraner Kollegen hatten schon vor zwei Jahren (Gautag Hildesheim) einen ähnlichen Antrag gestellt.

Es ist zu wünschen, daß sich die gesamte Kollegenschaft mit der Reorganisation unseres Verwaltungswesens, sowie mit der Neueinrichtung einer »Repräsentativ-Körperschaft« eingehend beschäftigt zum Nutzen unserer Organisation.

H. Ehlers, Hamburg.

Die Ausfuhr graphischer Druck- erzeugnisse im ersten Viertel- jahr 1913.

Die Ausfuhr von deutschen Farbdruckbildern ist in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um 1000 Mk. zurückgegangen. Im Vergleich mit dem Vorjahr sind nach der amtlichen Statistik 45 Doppelzentner weniger ausgeführt worden. Besonders groß ist der Rückgang bei der Ausfuhr nach Großbritannien um 631, Italien um 221 und Amerika um 394 Doppelzentner. Am größten war die Ausfuhr im Monat März, und zwar betrug sie 1036 Doppelzentner mehr als im Januar. In Betracht gezogen werden muß aber, daß ein Vergleich der einzelnen Monate miteinander keine Schlüsse zuläßt, da ja die Ausfuhr immer in den verschiedenen Monaten des Jahres, je nach der Saison, auch verschiedenes ist.

Folgende Statistik zeigt in den ersten drei Rubriken den Export in den einzelnen Monaten des verfloßenen Quartals, in der nächsten die Gesamtausfuhr der drei Monate und in der letzten die Ausfuhr in denselben Monaten vom Jahre 1912, sodaß durch diese Gegenüberstellung interessante Vergleiche zwischen dem gleichen Zeitraum des laufenden Jahres und des Vorjahres möglich sind.

Ausfuhr	Jan.	Febr.	März	Jan.—März 1913	Jan.—März 1912
Menge in 100 kg	2376	2056	3412	7844	7889
Wert in 1000 Mark	725	636	1175	2536	2535

Wie sich der Wert der Ausfuhr auf die einzelnen Länder verteilt, ist aus der amtlichen Statistik noch nicht zu ersehen; dagegen enthält sie bereits Angaben über die auf die verschiedenen Länder entfallende Ausfuhrmenge. Diese verteilt sich (in 100 kg) auf die wichtigsten Ausfuhrländer wie folgt:

Ausfuhrland	Jan.	Febr.	März	Jan.—März 1913	Jan.—März 1912
Belgien	69	3	130	202	225
Frankreich	42	28	136	206	155
Großbritannien	480	525	1092	2097	2728
Italien	66	71	77	214	435
Niederlande	60	31	219	310	423
Osterreich-Ungarn	174	84	370	628	738
Rußland	217	248	154	619	359
Schweiz	102	54	174	330	224
Spanien	58	40	73	171	161
Argentinien	66	16	30	112	118
Brasilien	13	6	24	43	23
Canada	18	1	5	24	57
Cuba	17	21	10	48	40
Ver. St. v. Amerika	771	734	493	1998	2392

Die Postkartenausfuhr hat sich, gemessen am ersten Vierteljahr 1912, günstiger gestaltet als die Gesamtausfuhr. Allerdings ist bei Amerika ein Rückgang von 127 Doppelzentnern zu verzeichnen; dagegen weist aber die Ausfuhr nach Großbritannien eine Steigerung um 518, nach Osterreich-Ungarn um 390 und nach Rußland um 294 Doppelzentner auf. Insgesamt wurden im verfloßenen Vierteljahr 1664 Doppelzentner mehr ausgeführt als im nämlichen Zeitraum des Vorjahres. Am größten war die Ausfuhr im Februar, wo für 429000 Mark mehr exportiert wurde. Der Wert der erhöhten Ausfuhr bezieht sich für das Quartal auf 669000 Mark. Unsere Statistik zeigt folgendes Bild:

Ausfuhr	Jan.	Febr.	März	Jan.—März 1912	Jan.—März 1913
Menge in 100 kg	2652	3385	3105	9142	7478
Wert bis 1000 Mark	997	1426	1260	3683	3014

Die Menge der ausgeführten Postkarten verteilt sich auf die einzelnen Ausfuhrländer (in 100 kg) wie folgt:

Ausfuhrland	Jan.	Febr.	März	Jan.—März 1912	Jan.—März 1913
Belgien	105	161	81	347	255
Dänemark	53	79	92	224	125
Frankreich	58	139	72	269	140
Großbritannien	492	710	577	1779	1261
Italien	119	122	107	348	328
Niederlande	100	112	158	370	350
Norwegen	18	17	13	48	78
Osterreich-Ungarn	264	615	585	1464	1054
Portugal	41	135	17	93	43
Rußland	230	336	405	971	677
Schweden	80	143	87	310	325
Schweiz	160	171	146	477	330
Spanien	12	77	59	148	104
Argentinien	9	9	9	27	81
Canada	32	61	40	133	92
Mexiko	29	39	32	100	93
Ver. St. v. Amerika	699	415	450	1564	1693

fm.

Vom Fischen im Trüben.

Man kann es unsern organisierten Kollegen nicht verdenken, wenn sie von den Unorganisierten behaupten, daß sie im Trüben fischen und immer mit ernten, wo sie nicht gesät haben. Es liegt nicht nur ein Körnchen, sondern die ganze Wahrheit in diesem Ausspruch. Das lehrt wieder folgender Tatbestand:

Ein Schutzbandsprinzipal hatte einen ungesetzlichen Feiertag ohne Vereinbarung mit den Gehilfen angeordnet. Trotzdem kamen unsere Mitglieder dem Prinzipal soweit entgegen, daß sie ihm freiwillig anboten, zwei Drittel der Zeit nachzuholen; sie machten diesen voreiligen Schritt leider auch sofort zur Tat. Die paar Nichtorganisierten erboten sich zur vollen Nacharbeit der Zeit mit dem Bemerkern: »Diese — die Organisierten — gehen uns — die Nichtorganisierten — nichts an! Dieses für sie blamable Bekenntnis legten sie ab, obgleich diese paar Außenseiter erst zu Weihnachten den Nutzen der Organisation mit eingestekt hatten; denn der Prinzipal hatte am größten Feste im Jahre gleich nacheinander zwei ungesetzliche Feiertage angeordnet und nicht bezahlt, entgegen den Vereinbarungen mit dem Schutzbande. Erst durch das Eingreifen der Verbandsleitung am Orte und des Gauvorstandes bequeme sich der Prinzipal dazu, die beiden nichtgesetzlichen, selbst angeordneten Feiertage nachzubezahlen. Selbstverständlich erhielten die paar Nichtorganisierten diese Ergrünnung des Verbandes auch, denn auch ihnen, die ebenfalls die paar Tage nicht gearbeitet hatten, wurden sie nachgezahlt und sie steckten den Betrag mit Schmutzeln ein. Ohne also die geringsten Opfer für das Ganze zu bringen, nimmt man die Erfolge der Organisation wohlgemäß mit für sich in Anspruch, ohne sich zu schämen. Wir fragen: Ist dieses moralisch oder ist es Jesuitenmoral?

Ja, als einer dieser Nichtorganisierten einen Bock geschossen hatte, was ja jedem Kollegen einmal bei der Arbeit passieren kann, nahm sich sogar ein Organisierter des Nichtverbändlers, des aus dem Verbands Ausgetretenen, an. Der »Herr Ober« hatte im blinden Übereifer den Ausspruch getan, es würde jetzt für jedes Versehen eine Mark Strafe eingeführt. Allgemeines Murren in der Lithographie und ein älterer, organisierter Kollege »verbrannte« sich den Mund dabei so, daß ihm seitens des Chefs etwas nahe gelegt wurde, was sich wie die Aufgabe der sogenannten »Lebensstellung« anhörte. Der Kollege kam aber seinem »lieben« Chef zuvor und gab seine »Lebensstellung« selbst auf, in der er es so wie so vor lauter Unannehmlichkeiten fast nicht mehr aushalten konnte. »Das Fett abgehöpt« hatten also auch hier die Nichtorganisierten.

Wir hoffen aber bei unsern organisierten Kollegen nicht »ins Fettnäpfchen zu treten«, wenn wir ihnen den aufrichtigen, wohlgemeinten Rat geben — falls diese »Ausgetretenen« dem Verbands, dessen Erfolge sie alle miteinstücken, baldigt wieder beizutreten versäumen sollten — auch als organisierte Kollegen die Konsequenzen zu ziehen und die Nichtorganisierten sich selbst zu überlassen. Denn: Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Die Beweise hierfür sind genügend erbracht. S.



Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen,
Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Der goldne Boden des Litho- graphenhandwerks.

Handwerk hat goldenen Boden. Dieses Wort aus der Zeit der Zünfte wird von gewissen Leuten recht viel im Munde geführt, obwohl es heute unter der Herrschaft des Kapitalismus schon längst seine Berechtigung verloren hat. Das Handwerk hat heute überhaupt keinen Boden mehr, geschweige denn einen goldenen.

Mit dem kapitalistischen Riesenbetrieb und seinem hochentwickelten Maschinenwesen kann das Handwerk nicht wetteifern. Es wird daher von diesem immer mehr zurückgedrängt. Gegen diese Entwicklung stimmt sich das Handwerk zwar mit aller Macht, aber ohne jeglichen Erfolg. Besonders sucht es sein Heil in der Heranziehung und Ausbeutung der billigsten Arbeitskräfte und der Betreibung einer unverschämten Lehrlingszucht.

Die vielen beruflich ausgebildeten Arbeiter, die aus der Handwerkslehre hervorgehen, können aber nur zu einem verschwindend kleinen Teil im Handwerk selbst ein Unterkommen finden; sie sind gezwungen, sich der Großindustrie zuzuwenden. Diese Tatsache hält das Handwerk durchaus nicht ab, seine übermäßige Lehrlingszucht weiter zu treiben. Es glaubt im Gegenteil, daß es sich mit seinem Gebaren sogar ein großes volkswirtschaftliches Verdienst erwerbe; denn es sorge in uneigennütziger Weise dafür, daß die Großindustrie die nötigen geschickten Arbeiter bekäme. Es sei eine große Kulturarbeit, die es in der Lehrlingszucht verrichte, und dafür gebühre ihm zu Lasten der Großindustrie vom Staate noch eine besondere Entschädigung.

Über diese Annahmen und Forderungen im Handwerk schreit man natürlich gewaltig in der Industrie. Ergötzlich für uns ist, daß in diesem Streit das Unternehmertum offen bekennt, aus welchen Gründen überhaupt man die Lehrlingszucht betreibt. So brachte unlängst die Deutsche Arbeitgeberzeitung einen Artikel eines Herrn Dr. Genève, worin es unter anderem hieß: »Wie oben erwähnt, bedeutet die Lehrlingshaltung nicht nur keine nennenswerte, wenigstens keine den einzelnen Handwerker treffende Belastung, sondern die Quelle von Geldeinnahmen und sonstigen wirtschaftlichen Vorteilen für die Handwerksmeister wie für die Organisationen des Handwerks (Innungen und Handwerkskammern). Die vom Handwerk im großen Stille gepflegte Lehrlingshaltung wird keineswegs rein aus idealen Gründen der Förderung und Sicherung der jungen Standesgenossen betrieben, sondern ausschlaggebend ist der Umstand, daß dadurch willige und billige Arbeitskräfte gewonnen werden, die überdies in Form des Lehrgeldes dem Handwerksbetrieb neue Mittel zuführen. Die Möglichkeit aber, in größerem Umfange Lehrlinge halten zu können, ist vielfach abhängig von der Aussicht der betreffenden Leute, später besser bezahlte Stellen in der Industrie zu finden. Ohne diese Aussicht würde das Handwerk schwerlich so viele Lehrlinge aufnehmen können, die sich der Ungelehrtheit, in einem unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen schwer kämpfenden Stand ihre Existenz begründen zu müssen, aussetzen würden.«

Nun sind aber heute die Verhältnisse im Wirtschaftsleben wirklich so, daß die Arbeiter die Handgriffe und sonstigen Fertigkeiten, die sie sich in der Handwerkslehre angeeignet haben, in der Industrie fast gar nicht verwerten können. Die handwerkliche Ausbildung genügt heute nicht mehr für die Arbeitsbedürfnisse der Großindustrie. Der moderne Industriebetrieb verlangt eben hauptsächlich einen hochgebildeten Maschinenarbeiter. Diese Tatsache wird von den Arbeitern immer mehr erkannt, weshalb sie auch heute zumeist davon absehen, sich in einer Handwerkslehre nutzlos ausbeuten zu lassen; sie gehen lieber gleich zur Großindustrie und machen nicht erst den Umweg über das Handwerk. Zudem geht auch die Industrie immer mehr dazu über, sich zur Heranbildung ihrer Arbeiter besondere Lehrwerkstätten einzurichten.

Dieser Zug der Zeit bietet uns auch die Erklärung dafür, weshalb es dem Handwerk heute immer schwerer wird, die ungeheuren Lehrlingsmassen heranzuziehen, die es zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit glaubt züchten zu müssen. Die gesetzlichen Organisationen des Handwerks, die Innungen, Handwerks- und Gewerkekammern,

Feuilleton.

Wir sind nicht reif?

Das ist das Lied, was sie gesungen haben
 Jahrhundertlang uns armen Waisenknaben,
 Womit sie uns noch immer beschwiden,
 Des Volkes Hoffen immer vernichten,
 Den Sinn der Besseren immer betören
 Und unsere Zukunft immer zerstören.

Wir sind nicht reif?

Reif sind wir immer, reif zum Glück auf Erden,
 Wir sollen glücklicher und besser werden.
 Reif sind wir, unsere Leiden zu klagen,
 Reif sind wir, unsere Wünsche zu sagen,
 Reif sind wir, euch nicht mehr zu ertragen,
 Reif, für die Freiheit alles zu wagen.

Hoffmann von Fallersleben

Richard Wagner.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages am 22. Mai 1913.

Der Name Richard Wagner bedeutet für die deutsche Oper eine Revolution. Den älteren Opernkomponisten war die Musik Selbstzweck. Das Libretto, der Operntext, wurde in der Regel nicht vom Komponisten, sondern von irgend einem Textdichter zu der Musik geschrieben. Diese war das Wesentliche in der Oper; das Libretto mußte sich der Musik anpassen, die Handlung mußte sich ihr unterordnen. Kein Wunder, daß wir in vielen älteren Opern keinen rechten inneren Zusammenhang zwischen Musik und Handlung zu finden vermögen, das oft die banalsten Texte in den wunderbarsten Melodien gesungen werden, daß die Handlung in ihrer Armutlichkeit von der Gewalt und Tonfülle der Musik fast erdrückt wird. Die Erklärung liegt eben darin, daß in diesen älteren Opern nicht die Musik der Handlung, sondern die Handlung der Musik folgt.

Diese landläufige Schablone der alten Oper hat Richard Wagner mit kühner Hand durchbrochen. Er hat in seinen Werken Dichtung und Musik zu einer untrennbaren Einheit zusammengefaßt und das moderne Musikdrama geschaffen. Ihm ist im Gegensatz zu den älteren Opernkomponisten die Handlung das Wesentliche und Hauptsächliche; die Musik ist ihm das Mittel zur Vertiefung und Heraushebung ihres dramatischen Gehalts. Die Dichtung wird mehr rezipiert als gesungen und durch eine glänzende Instrumentation belebt, die in ihren Leitmotiven den Hauptcharakteren des Dramas nicht nur Leben, sondern auch Farbe gibt. So wird durch die Musik die Handlung, der sie sich anpaßt und anschmiegt und der sie folgt, beleuchtet und geklärt. Und diese innige Wechselbeziehung zwischen der dramatischen Handlung und ihrer dichterischen und musikalischen Form hat Richard Wagner, der Dichter und Tonsetzer in einer Person, bis zur höchsten Potenz und zu abgedrosselter Einheit gesteigert. Seine Musikdramen sind vollkommene und abgeklärte Kunstwerke aus einem Guß.

Der geniale Dichterkomponist erblickte am 22. März 1813 zu Leipzig als Sohn eines Polizeiaktuars das Licht der Welt. In frühester Kindheit verlor er den Vater. Seine Mutter siedelte bald darauf nach Dresden; über, wo sie sich mit dem Schauspieler Gayer wieder verheiratete. Richard Wagner erhielt seinen ersten Musikunterricht von einem Hauslehrer. Er besuchte die Kreuzschule in Dresden, später die Nicolaischule zu Leipzig und pflegte schon als Schüler mit Vorliebe Musik. Ihr wandte er sich bald ganz zu, als er 1831 die Universität Leipzig bezogen hatte, um Philosophie und Ästhetik zu studieren. Sein musikalischer Lehrmeister Theodor Weinlig erklärte ihn schon nach halbjährigem

Unterricht im Kontrapunkt und in der Komposition für befähigt zum völlig selbständigen Wirken.

Im Jahre 1833 wurde der kaum Zwanzigjährige als Chordirigent nach Würzburg berufen. 1834 ging er als Theatermusikdirektor nach Magdeburg, ein Jahr später nach Königsberg und 1837 nach Riga. Nach einer Reise über London nach Paris kehrte er 1842 nach Dresden zurück, wo sein in Riga gedichteter und komponierter »Rienzi« aufgeführt wurde. Das Werk fand Beifall und trug seinem Schöpfer die Ernennung zum königlichen Kapellmeister in Dresden ein, wo er bis zum Jahre 1849, eine rege und fruchtbar produktive Tätigkeit entfaltend, blieb.

Mit Begeisterung nahm der junge Revolutionär der Kunst an der revolutionären Volkserhebung des Jahres 1848 lebhaften Anteil. Das höfische Regiment, das stumpfsinnige Unverständnis, mit dem sein künstlerisches Schaffen bei Hofe beobachtet und erschwert wurde, der Drang, seine Kunst in den Dienst des Volkes zu stellen, seine ganze stolze Charakterveranlagung, der jedes lakalenhafte Strebertum fremd blieb, trieben ihn dazu, an dem Maaßstande des Jahres 1849 tätigen Anteil zu nehmen. Nach der Niederwerfung des Volkes mußte er fliehen. Welche tapfere Rolle er in dem Kampfe gespielt hat, läßt der Stedebrief erkennen, den das Dresdener Stadtgericht dem Flüchtling folgen ließ und in dem er zu den »besonders gefährlichen Individuen« gezählt wurde.

Wagner floh über Weimar nach Paris, von wo er aber bald nach Zürich übersiedelte. Hier wirkte er acht Jahre als Leiter des Musikvereins und als kunst- und musiktheoretischer Schriftsteller. Nach längerem Aufenthalt in Paris, Karlsruhe und Petersburg wurde er im Jahre 1863 amnestiert. Und im folgenden Jahre wurde Wagner von Ludwig II. von Bayern nach München berufen. 1869 zog er sich nach Luzern zurück, von wo aus er die Gründung des Festspielhauses in Bayreuth leitete. Es wurde 1876 feierlich eingeweiht und hat sich durch die mustergültigen Aufführungen der großen Musikdramen des Meisters bald einen hervorragenden Namen in der ganzen Welt errungen. Nach der Eröffnung des Festspielhauses lebte Richard Wagner abwechselnd in Bayreuth und in Italien, bis er am 13. Februar 1883 in Venedig seine hellen Künstleraugen für immer schloß. (Schluß folgt)

Vom Büchertisch.

Die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat. Mit Einleitung und kurzen Anmerkungen von Emil Eichhorn. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 68 Seiten 16^o. Preis 30 Pfg.

Neben der Verfassungsurkunde enthält das Schriftchen auch die Bestimmungen über die Bildung des Herrenhauses und Angaben über das Wahlrecht und das Wahlreglement für das Abgeordnetenhaus. Es ist zur Information über die staatsrechtlichen Verhältnisse in Preußen sehr geeignet. ph

Das Wahlrecht und die Parteien. (Soz.-dem. Flugschriften, 18.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 48. 16 Seiten 8^o. Preis 10 Pfg.

Die Flugschrift, die auch die Stellung der Parteien zum Reichstagswahlrecht beleuchtet, eignet sich gut zur Aufklärungs- und Werbearbeit bei den Landtagswahlen in Preußen.

Die Frauen und der preussische Landtag. Von Mathilde Wurm. (Soz.-dem. Frauen-Bibliothek, V.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. 32 Seiten 8^o. Preis 30 Pf.

Die Broschüre ist geeignet, auch die Frauen für den Landtagswahl- und Wahlrechtskampf in Preußen zu interessieren und sie zu Mitkämpferinnen zu gewinnen. ph

Dichtung und Wahrheit über 1813. (Soz.-dem. Flugschriften, 19.) Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 16 Seiten 8^o. Preis 10 Pfg.

In knappen Zügen sind in dem Schriftchen der mordspatriotischen und byzantinischen Geschichtsklitterung und Geschichtsfälschung die historischen Tatsachen gegenüber gestellt. Das war grade im Brimborium des Jubiläumjahres eine zwingende Notwendigkeit. ph

Mit 100 Mark nach Amerika von Kurt Aram nebst einem Katedismus: »Praktische Ratschläge für Auswanderer«. Verlag von F. Fontane, Berlin-Dahlem. Preis gebunden 1 Mk.

Wenn man von den Millionenstiftungen, die amerikanischen Trustmagnaten für rein ideale Zwecke, für wissenschaftliche Bildungsanstalten etc. machten, in den Zeitungen las und weiter die Fortschritte des amerikanischen Gewerbeleißes beobachtete, dann konnte man wohl oft den bekannten Seufzer ausstoßen: »Amerika du hast es besser als unser Kontinent der alte.« Nicht eingengt durch kleinliche speielerliche Vorurteile, nicht auf Schritt und Tritt kontrolliert und bevormundet, jeder Energie und jedem Talent freie Bahn zum Auswirken, wie vielen erscheint da nicht die Republik jenseits des großen Wassers als das ersehnte Idealland, um aus einer dumpfen, von Vorurteilen erfüllten Atmosphäre hinauszukommen! Daß aber auch in Amerika die Dollarnoten nicht auf der Straße liegen, sondern in zäher unermüdlicher Arbeit verdient sein wollen, ist inzwischen auch allgemein bekannt geworden. Der Einwanderer, der ohne Hilfsmittel nach »drüben« geht, bemerkt sehr bald, daß der Grundsatz der Monroe-Doktrin: »Amerika für die Amerikaner!« recht konsequent durchgeführt ist und daß man auf die »Greenhörner« durchaus nicht wartet. Bei der umfangreichen Literatur, die über die Verhältnisse in Amerika bisher veröffentlicht ist, handelt es sich nun zumeist um Bücher, die geschrieben wurden von Leuten, die genügend mit Geld versehen nach Amerika gingen und dort in der Rolle des Beobachters leben konnten. Ganz anders der Verfasser des vorliegenden Buches. Kurt Aram kam es darauf an, festzustellen, wie es einem Einwanderer geht, der kein Handwerk erlernt, keine »Profession« hat, der nur seine rohe Arbeitskraft mit sich bringt und außerdem, was das Schlimmste ist, nicht einmal englisch kann. So fuhr er nach Amerika als Zwischen-deckpassagier, ausgerüstet mit der zur Landungs-erlaubnis unbedingt erforderlichen Summe von 100 Mark. Was Kurt Aram auf der Überfahrt sowohl wie in Amerika selbst erlebt hat, wie die Jagd nach Erwerb beginnt und wie der Verfasser gezwungen ist, alle möglichen Handlungen zu ergreifen, um sich das bishen Lebensunterhalt zu erwerben, das wird hier geschildert. Besonders drastisch tritt in dem Buche hervor, daß gerade für Leute, die nicht des Englischen mächtig sind und kein Handwerk erlernt haben, die Schwierigkeit des Fortkommens in Amerika besonders groß ist. Der Verfasser, der als Schriftsteller an körperliche Arbeit nicht gewöhnt und drüben doch allein auf diese angewiesen war, hatte besonders hart zu kämpfen. Kurt Aram hatte auch nicht Gelegenheit — wenigstens geht das nicht aus seinen Schilderungen hervor — die organisierte nordamerikanische Arbeiterschaft kennen zu lernen, da er eben feststellen wollte, wie es einem ungelerten Arbeiter, der nach Amerika auswandert, ergeht. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, kann allerdings seine Schilderung der Arbeitsverhältnisse nur einseitig sein. Was aber das Buch so außerordentlich interessant und für jeden lesenswert macht, das ist die frische, klare Darstellungsart des Verfassers. Besonders nützlich ist auch der dem Buche beigegebene Katedismus, der praktische Ratschläge für Auswanderer und einen Auszug aus der Verfassung der Vereinigten Staaten enthält. In Arbeiterbibliotheken sollte das Buch Kurt Arams nicht fehlen. F. H.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Heft 14 bis 16. Preis pro Heft 10 Pfg.

Stellenangebote

Maschin. - Retuscheur
 tüchtige Kraft, zum baldigen Eintritt ges.
 E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart,
 Hackstraße 77 a. [150]

**Tüchtigen Maschinen-
 Retuscheur**
 zu sofort oder später gesucht. [210]
 Ferd. Hegemann,
 Graphische Kunstanstalt, Magdeburg.

Ia. Retuscheur
 (verh.) sucht in dauernde Stellung [150]
 CARL GEIKE & Co., Breslau 1,
 Reuschesstr. 11/12

**Raster - Punkttief-
 Ätzer**

In dauernde Stellung zum baldigen
 Eintritt gesucht. Angebote mit Angabe
 des event. Eintritts und Zeugnisab-
 schriften an [300]
 A. Gäßler & Co., München,
 Schellingstraße 41.

Zeichner

für alle vorkommenden Arbeiten, per-
 fect im Zeichnen von Wäsche etc.
 möglichst per sofort gesucht. Kennt-
 nisse in Positivretusche erwünscht. An-
 gebote mit Angabe über bish. Tätigkeit,
 Lohnansprüche und mit Mustern an [270]
 WALTHER BECHER, Bielefeld.

Stellengesuche

Nachschneider

firm in allen vorkommenden Arbeiten,
 sucht dauernden Posten im Ausland,
 am liebsten in England. Gefl. Offerten
 erbeten an [150]

Sohnleitner, München,
 Landsbergerstraße 3.

Verschiedenes

Zu verkaufen eine noch fast neue
Linier - Maschine
 mit Diamant für Lithographen um die
 Hälfte des Ankaufspreises bei [180]
 F. Schell, Stuttgart, Sophienstr. 5, Hb.

Wirklich nicht erstklassig

sind Tanglerhäute, die braun werden o. wegen flachen Reliefs nur leicht frei-
 händig eingewalzt werden dürfen. Der Neuzeit entsprechende **moderne**
Tanglerfilme liefert in 335 Dessins Franz Trommer, Leipzig, Bülowstr. 8.

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Stei-
 druck, Photomechanische Verfahren,
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung,
 Prospekt freil. Kunstgewerbebesuche
Barmen



Wischwalzen - Schläuche
 ohne Naht für Steindruck-Schnell-
 Pressen liefert

**Edmund Behnisch,
 Ludenwalde.**
 Vertreter an allen größeren Plätzen.
 Ia. Zeugnisse.

Roulett., Fadenstichel
Fräser u.s.w. in bester Aus-
 führung fert. an
 Carl Neumann, vormals G. König,
 Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Verbandsnachrichten

Achtung! Belgien!

Die Adresse von K. F. Warburg,
 Vertrauensmann für Belgien, ist vom
 1. Mal ab: **Jette b. Brüssel,
 Avenue Desmet de Naeyer 3.**

Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden
 Sie es direkt an die Expedition.